



# Es geht um Sachsens Zukunft

SPD-Programm für die Landtagswahl 2004

Beschluss des außerordentlichen Landesparteitages  
vom 9. Mai 2004



Sachsen

**SPD**

# **Es geht um Sachsens Zukunft**

**SPD-Programm für die Landtagswahl 2004**

**Beschluss des außerordentlichen Landesparteitages  
vom 9. Mai 2004**

# Inhalt

Präambel	Seite 5
1. Bildung ist Schlüssel für die Zukunft	Seite 7
2. Wirtschaft schafft Arbeitsplätze, Arbeit und Ausbildung in Sachsen	Seite 17
3. Sachsen – ein starkes Stück Europa	Seite 28
4. Eine moderne Familie ist unsere Zukunft	Seite 32
5. Politik dient dem Bürger in Land und Kommune	Seite 38
6. Lebenswertes Sachsen	Seite 52
Ausblick: Sozialdemokratische Politik für Sachsen	Seite 62

# Es geht um Sachsens Zukunft

## SPD-Programm zur Landtagswahl 2004

### Präambel

*Das Land im Herzen, die Menschen im Sinn: Es geht um Sachsens Zukunft.*

*Seit der friedlichen Revolution im Herbst 1989 hat Sachsen große Veränderungen erlebt. Wissen und Können, Fleiß und Einfallsreichtum, Bodenständigkeit und Heimatliebe der Sächsinen und Sachsen haben dazu beigetragen, den schwierigen Übergangsprozess von der DDR in die Bundesrepublik gut zu bewältigen. Viele haben die Chancen genutzt, ihr Leben an neuen Zielen auszurichten. Sachsen hat eine große Tradition als Industrieland und als Land der hervorragend qualifizierten Ingenieure und Techniker. Dies und Sachsens Funktion als Brücke nach Osteuropa bildeten die Voraussetzungen dafür, dass unser Land innerhalb der neuen Bundesländer eine gute Position eingenommen hat.*

*Beim Aufbau Sachsens muss nun der zweite Schritt folgen. Demografischer Wandel und Globalisierung sind die neuen Herausforderungen, denen sich Sachsen im 21. Jahrhundert stellt. Notwendig sind Entscheidungen, die den Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ermöglichen. Die Förderung von Innovation und Bildung ist die wichtigste Aufgabe unserer Politik. Dabei darf niemand auf der Strecke bleiben. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wie viele Menschen das Land verlassen und aus welchen Gründen sie es tun. Die Politik muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sie zurückkommen. Das trifft ebenso auf die Menschen zu, die ihre Chancen nicht nutzen konnten, die dem Land innerlich den Rücken gekehrt haben und sich aus der Gesellschaft ausgegrenzt fühlen.*

*Die sächsische SPD wird den Beweis erbringen, dass sie das Land im Herzen und die Menschen im Sinn hat, wenn sie von Sachsens Zukunft spricht.*

***Dabei konzentrieren wir uns auf drei Schwerpunkte:***

***Bildung sichert Zukunft:*** Wir werden gemeinsam mit den Menschen das sächsische Bildungssystem erneuern. Im Mittelpunkt steht dabei das „Lebenslange Lernen“: Ausbildung muss ein dauerhafter Prozess sein, der nach Schule, Lehre oder Studium nicht abgeschlossen ist. Die neuen Herausforderungen der Arbeitswelt verlangen, dass Qualifizierung auch im Berufsalltag fortgesetzt wird. Die sächsische SPD wird dafür die finanziellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen.

**Arbeitsplätze sichern Zukunft:** Um Wachstum und Wohlstand für die Zukunft zu sichern, benötigen wir vor allem qualifizierte und angemessen bezahlte Arbeitsplätze. Großinvestitionen zu unterstützen und den Mittelstand zu fördern sind zwei Seiten derselben Medaille.

**Lebenswerte Heimat sichert Zukunft:** Die Menschen leben in Städten und Gemeinden. Hier spüren sie die Auswirkungen von Politik zuallererst. Wir werden Sorge dafür tragen, dass Städte und Gemeinden wieder eine ordentliche Finanzausstattung erhalten. So erreichen wir, dass sie über ihre Pflichtaufgaben hinaus wieder gestaltend tätig werden können – im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger.

Die Zukunft gehört Gesellschaften, die auf der Basis von Wissen, Innovationsfähigkeit und technologischem Vorsprung neue Wachstums- und Wohlstandsquellen erschließen. Sachsen hat noch gute Chancen, den notwendigen Wandel offensiv zu gestalten. Dazu muss die Politik grundsätzlich umsteuern. Ein modernes Bildungssystem und lebenslanges Lernen sind Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Investitionen in Bildung sind Schlüsselinvestitionen für eine moderne Gesellschaft.

Eine Gesellschaft, die auf Mündigkeit und Eigenverantwortung ihrer Bürgerinnen und Bürger baut, setzt ein hohes Bildungsniveau voraus. Nur so können wir neue Ungerechtigkeiten und soziale Spannungen vermeiden.

Damit ein Aufbruch gelingt, braucht es eine schlüssige Entwicklungsstrategie für Sachsen.

Unsere Strategie für Wandel und Aufbruch orientiert sich an unseren Grundwerten und an den Prinzipien von „Freiheit in Verantwortung“ und „sozialer Gerechtigkeit in Achtung und Solidarität“. Wir wollen Sachsen als ein freies und solidarisches, modernes und lebendiges, weltoffenes und traditionsbewusstes Land. Wir stehen für ein Lebensgefühl, das nicht provinziell, sondern tolerant ist; bei dem man vor Schwierigkeiten nicht flieht, sondern die Chancen ergreift; das an die Verbindung von wirtschaftlicher Effizienz und gesellschaftlicher Humanität glaubt.

Sachsen kann auf Initiative, Optimismus und Enthusiasmus seiner Bürgerinnen und Bürger setzen. Wenn wir Sachsens Potentiale entschieden nutzen und fördern, brauchen wir keinen Wettbewerb zu scheuen, weder in Deutschland noch international. Wir können Sachsen wieder zu einer wirtschaftlichen und kulturellen Blüte verhelfen: mit innovativen Unternehmen, den besten Schulen und Hochschulen, vielfältigen Museen und Theatern, engagierten Jugendinitiativen und lebendigen Vereinen, couragierten und selbstbewusstesten Menschen in lebenswerten Städten und Gemeinden.

**Deshalb jetzt: Aufbruch! Es geht um Sachsens Zukunft!**

## 1. Bildung ist Schlüssel für die Zukunft

Angesichts des Wandels von der Industrie- zur Wissens- und Kommunikationsgesellschaft rückt die Bildungspolitik in eine Schlüsselposition. Ein hohes Bildungsniveau wird zum Standortfaktor ersten Ranges, der darüber entscheidet, in welcher Liga Sachsen künftig in Europa und der Welt spielt. Auch für den persönlichen Weg, für berufliche Karriere und für ein erfülltes Leben ist eine gute Bildung entscheidend. Deutschland und Sachsen sind für die neuen Herausforderungen ungenügend gerüstet. Wichtige Wandlungen wurden nicht vollzogen. Insbesondere die Bildungssysteme orientieren sich nach wie vor an überholten Strukturen und Bedürfnissen.

Da Bildung Ländersache ist, stehen wir in der Verantwortung. Die SPD ist gut vorbereitet und stellt sich der Verantwortung. Sachsen darf keine Zeit mehr verlieren; wer sich zuerst auf den Weg macht, wird den Wettbewerb am besten bestehen. Wir wollen die besten Bildungsmöglichkeiten für Sachsen. Wir wollen die Besten in Deutschland sein.

### Neue Schulen braucht das Land

Jährlich verlassen in Sachsen zehn Prozent eines Jahrganges die Schule ohne einen Abschluss. Ein Viertel unserer 15-Jährigen hat völlig unzureichende Lesefähigkeiten. Die eigentlich notwendige Abiturientenquote von 50 bis 75 Prozent pro Jahrgang wird bei weitem nicht erreicht. Grundlegende Kompetenzen wie Selbstständigkeit oder Kommunikationsfähigkeit, die vor allem von der Wirtschaft gefordert werden, werden nur mangelhaft ausgebildet. Auch in Sachsen besteht ein enger Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und Elternhaus. Familiäre und soziale Benachteiligungen werden durch die Schule nicht ausgeglichen, gute Schulqualität bleibt dem Zufall überlassen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist mit den Schulen in Sachsen unzufrieden.

WANDEL VON  
DER INDUSTRIE  
ZUR WISSENS-  
GESELLSCHAFT

SACHSEN DARF KEINE  
ZEIT MEHR VERLIEREN

JÄHRLICH 10 PROZENT  
SCHULABGÄNGER  
OHNE ABSCHLUSS

MEHRHEIT MIT SCHUL-  
SYSTEM UNZUFRIEDEN

**FALSCHES SPARPOLITIK  
VERSTÄRKT DIE  
BILDUNGSMISERE**

Unsere Schul- und Lernkultur wird – wie internationale Vergleichsstudien zeigen – den modernen Anforderungen längst nicht mehr gerecht. Die strukturellen Probleme werden durch eine falsche Sparpolitik auf der Landesebene noch verstärkt.

**SACHSEN BRAUCHT  
EINE MODERNE  
LERNKULTUR**

Mit reinen Appellen und kleinen Reformen im bestehenden System sind die Probleme nicht zu lösen. Das zeigen die Erfahrungen aus der PISA-Studie. Die erfolgreichen PISA-Länder machen vor, welche Voraussetzungen eine erfolgreiche Lernkultur benötigt: nämlich ergebnisorientierte, eigenverantwortlich handelnde Schulen. Eine moderne Lernkultur kann, ja muss auf eine Trennung nach der vierten Klasse verzichten. Eine solche Lernkultur bricht mit deutscher Schultradition.

Im Schulwesen müssen wir einen grundsätzlichen Systemwechsel einleiten – oder wir verlieren den Anschluss und verschleudern Ressourcen auf dem Rücken der sozial Schwachen.

**SCHULE MUSS  
FÖRDERN UND  
FORDERN**

Wir brauchen eine Schule, die fördert aber auch fordert, die die Persönlichkeit achtet und stärkt. Wir brauchen eine Schul- und Lernkultur, die alle grundlegenden Kompetenzen vermittelt und das Entwicklungspotential der Schülerinnen und Schüler voll zur Entfaltung kommen lässt.

**MEHR FREIHEIT UND  
VERANTWORTUNG  
FÜR DIE SCHULEN**

Solch eine Lernkultur kann nicht verordnet werden. Wir müssen vielmehr Sorge tragen, dass sich an jeder Schule hohe Motivation gepaart mit großer pädagogischer Kompetenz entwickeln können. Wir geben den Schulen dazu die volle Verantwortung für die Bildungsprozesse. In dem Maße, wie die Schulen bereit sind diese Verantwortung zu übernehmen, erhalten sie die nötigen Freiheiten. Um diesen Prozess voranzutreiben, wollen wir den Behördenstatus der Schule aufheben.

**ORIENTIERUNG  
AN DER  
LEBENSWIRKLICHKEIT**

Die Schulen erhalten einen neu formulierten Bildungsauftrag, der sie stärker auf die praktischen Probleme und die Lebenswirklichkeit orientiert. Wir wollen den Schulen verbindliche Bildungsziele vorgeben, die regelmäßig überprüft werden.

Auf der Grundlage einer neuen, fördernden Schulkultur schaffen wir das gegliederte Schulsystem ab und ersetzen es – unter Nutzung der vorhandenen Schulbausubstanz – durch ein gestuftes System mit Grund-, Mittel- und Oberschulen. Förderschulen gliedern wir als Schulteile an die Regelschulen an und ersetzen sie schrittweise durch Förderklassen und -gruppen oder Gruppen- und Einzelintegration.

Zugleich werden wir die Mitwirkungsmöglichkeiten von Schüler-, Lehrer- und Elternschaft verbessern. Veraltete Rollenbilder und überholtes Rollenverhalten wollen wir überwinden. Gender-Mainstreaming muss in allen Schulformen – von der Vorschule bis zur Oberschule – konsequent angewendet werden.

Unsere Schulen brauchen eine gesicherte und ausreichende Ausstattung mit Personal und Sachmitteln. Wir werden diese gesetzlich festlegen und damit dem alle zwei Jahre wiederkehrenden Streit um Haushaltsmittel entziehen. Wir wollen in den nächsten Jahren den Schulen bis zu 5.000 zusätzliche Lehrer zur Verfügung stellen. Die Schulträger werden mit einem Schulbauprogramm unterstützt.

Wir wollen die Ausbildung und Qualifizierung unserer Pädagoginnen und Pädagogen verbessern. Bereits die Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher im Vorschulbereich wird in Zukunft auf Hochschulniveau erfolgen.

Wir wollen außerdem die Chancen der Studien- und Schulreform nutzen, um das Lehramtsstudium zu optimieren und stärker an den Bedürfnissen von Schülerinnen und Schülern und einer veränderten Schule auszurichten. Die Prüfungsordnungen sollen überarbeitet und die didaktische Ausbildung verstärkt werden. Studierende müssen praktische Lehrerfahrungen bereits im Grundstudium sammeln. Die Lehramtsstudiengänge sollen dabei weiterhin an die Fachwissenschaften gekoppelt sein.

Die Teilzeitarbeit von Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern wollen wir zurückführen, denn gerade im Grundschulbereich ist das optimale Schüler-Lehrer-Verhältnis

**FÜR EIN GESTUFTES  
GRUND-, MITTEL- UND  
OBERSCHULSYSTEM**

**MITWIRKUNGS-  
MÖGLICHKEITEN  
VERBESSERN**

**FINANZIELLE  
PLANUNGSSICHERHEIT  
GARANTIEREN**

**LEHRERAUSBILDUNG  
STÄRKER AN DER  
LEBENSWIRKLICHKEIT  
ORIENTIEREN**

<b>HOHES NIVEAU DER KINDERTAGESSTÄTTEN HALTEN</b>	nis besonders wichtig. Über Arbeitszeitkonten werden wir die verbleibende Teilzeit pädagogisch sinnvoll verteilen. Das Angebot an pädagogischer Weiterbildung wird erhöht.
<b>SCHULEINGANGS- PHASE NEU ORGANISIEREN</b>	Pädagogische Ausbildung, personelle und sachliche Ausstattung der Kindertageseinrichtungen müssen auf hohem Niveau gesichert werden, damit diese ihren Bildungsauftrag umfassend erfüllen können. Wir werden einen landesweit verbindlichen Bildungsplan festlegen, der Bildungskonzepte und -standards festlegt und damit bestmögliche Bildungs- und Entwicklungschancen für unsere Kinder sicherstellt.
<b>WOHNORTNAHE GRUNDSCHULEN</b>	Wir werden eine integrierte Schuleingangsphase mit Vorschule und den Klassen 1 und 2 der Grundschule einrichten, in welcher die Kinder in kleinen jahrgangsgemischten Gruppen Grundkompetenzen erwerben. In dieser Eingangsphase werden neben Grundschullehrerinnen auch Erzieherinnen und Förderlehrer arbeiten.
<b>EINHEITLICHE SCHULE BIS ZUR ACHTEN KLASSE</b>	Kleine, wohnortnahe Grundschulen sind Teil unseres Konzeptes und bedürfen keiner Genehmigung.
<b>GANZTAGSANGEBOTE FÜR EINE BESSERE BETREUUNG UND FREIZEITGESTALTUNG</b>	Der Grundschule folgt die neue Mittelschule, in der Schülerinnen und Schüler gemeinsam bis zur achten Klasse lernen und dann in den beruflichen oder gymnasialen Zweig der Oberschule wechseln können. Diese neue Oberschule verbindet allgemeine mit beruflicher Bildung, hat eine hohe Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen und ermöglicht z. B. flexibel die Verbindung von Berufsausbildung und Abitur.
	Wir wollen verstärkt Schulen mit Ganztagsangeboten einrichten. Sie ermöglichen eine bessere und für Schülerinnen und Schüler angemessene Verteilung von Lernangeboten und Lernzeiten auf den gesamten Tag. Darüber hinaus können in Ganztagschulen interessante Hobby- und Freizeitangebote gemacht werden, die den Raum für Freundschaften schaffen und dabei helfen, Jugendliche von der Straße zu holen. Gerade Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen oder sozial schwachen Milieus finden hier viele Anregungen und Angebote, die sie im familiären Umkreis nicht erhalten.

Schulen mit Ganztagsangebot erhalten bis zu 15 Prozent und Ganztagschulen bis zu 30 Prozent mehr Haushaltsmittel als Halbtagschulen. Mit diesen Geldern wird über die Schule auch das regionale, kulturelle und sportliche Leben in der Gemeinde gefördert. Um die Schulen zu kommunalen Lern- und Begegnungsräumen weiterzuentwickeln, werden wir über ein Landesprogramm die Einrichtung von Schulbibliotheken und deren Zusammenführung mit kommunalen Bibliotheken fördern.

### Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft

Sachsen ist ein Land mit einer umfangreichen Hochschulinfrastruktur und langer Wissenschaftstradition. Das Potential, das zweifellos vorhanden ist, wird unter der jetzigen CDU-Landesregierung nicht genutzt. Trotz steigender Studierendenzahlen werden Kapazitäten abgebaut. Das Verhältnis von Studierenden zum Personal hat sich seit 1993 verdoppelt. Der Personalabbau zehrt an der Substanz der Hochschulen und damit an deren Qualität. Überfüllte Hörsäle, schlecht ausgestattete Bibliotheken und die Streichung ganzer Fachbereiche haben immer wieder zu Protesten und Streiks Studierender und Lehrender gegen die verfehlte Hochschulpolitik der CDU-Landesregierung geführt.

### Bildungsausgaben sind Zukunftsausgaben

Unsere Hochschulen brauchen eine finanzielle Perspektive, die den Anforderungen der Wissensgesellschaft gerecht wird. Wir benötigen eine effiziente Studienfinanzierung, die ein Studium in der Regelstudienzeit ermöglicht und Kosten für zu lange Studienzeiten einspart. Deshalb muss sich der Finanzrahmen der Hochschulen am Bedarf der tatsächlich eingeschriebenen Studierenden und den Anforderungen des jeweiligen Studienganges orientieren. Diese Mittel sind durch den Freistaat bereitzustellen und als Investitionen in die Infrastruktur des Landes zu verstehen. Das werden wir gesetzlich regeln.

UNSER KONZEPT ZUR  
REFORM DER  
SCHULEN  
IM INTERNET:  
**WWW.  
GUTE-SCHULE.INFO**

SUBSTANZ DER  
SÄCHSISCHEN  
HOCHSCHULEN  
IN GEFAHR

FINANZIELLE  
PERSPEKTIVEN FÜR  
DIE WISSENS-  
GESELLSCHAFT

## Selbstverwaltung und Unabhängigkeit der Hochschulen stärken

REFORMEN UND  
INNOVATIONEN AUS  
EIGENEM ANTRIEB

Unsere Hochschulen brauchen mehr finanzielle Unabhängigkeit. Auf Grundlage verbindlicher Leistungsvereinbarungen sollen die Hochschulen selbst über die Verteilung der Haushaltsmittel entscheiden und so schnell auf Veränderungen reagieren können. Nur so können wir die Hochschulen zu Reformen und Innovationen aus eigenem Antrieb motivieren. Gleichzeitig stärken wir die Selbstverwaltungs- und Managementstrukturen der Hochschulen. Wir wollen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden verbessern, indem alle Hochschulgremien viertelparitätlich durch Studierende besetzt werden. Der studentische Einfluss muss in allen Fragen des Studiums groß genug sein, um Studierbarkeit und Qualität der Studiengänge sicherzustellen.

STUDENTISCHE  
MITSPRACHE STÄRKEN

## Qualität der Hochschullehre sichern

VERGABE  
ZUSÄTZLICHER MITTEL  
AN DIE QUALITÄT DER  
LEHRE KNÜPFEN

Die Qualität der Lehre wird durch regelmäßige institutionalisierte und transparente studentische Evaluation sichergestellt, an deren Ergebnis auch die Vergabe zusätzlicher Mittel geknüpft wird. Als wichtigste Kriterien für Umstrukturierungen müssen – anstatt pauschaler Kosteneinsparung – zukünftig Qualität und Effizienz der Hochschulen stehen. So weisen gerade Hochschulinststitute mittlerer Größe die geringste Abbrecherquote, die kürzesten durchschnittlichen Studienzeiten und sehr gute Abschlüsse auf. Deshalb ist es unser Ziel, die sächsische Hochschullandschaft in ihrer gesamten fachlichen und regionalen Vielfalt zu erhalten und auszubauen.

VIELFÄLTIGE HOCH-  
SCHULLANDSCHAFT  
ERHALTEN

## Studienreform für moderne Hochschulen

REFORM DES  
DIENSTRECHTS  
WEITERFÜHREN

Indem wir den Hochschulen volle Handlungsfreiheit und den Studierenden mehr Rechte gegenüber der Hochschule geben, schaffen wir Anreize zu einer selbstbestimmten Studienreform. Die Reform des Dienstrechts werden wir übernehmen und weiterführen. Eine Studieneingangsphase soll den Studierenden frühzeitig Orientierung bieten

und grundlegende Arbeitstechniken vermitteln. Die Umstellung auf konsekutive Studiengänge werden wir überall dort betreiben, wo der Bachelor zu einem berufsqualifizierenden Abschluss führt oder gute Voraussetzungen für Masterstudiengänge in anderen Fächern bietet. Dabei muss für jede Bachelorabsolventin und jeden Bachelorabsolventen ein Anspruch auf die Fortführung des Studiums zum Master bestehen. Die schnelle Einbindung in den europäischen Hochschulraum kann nur durch die Übernahme der Akkreditierungskosten durch den Freistaat gelingen.

BACHELOR-ABSCHLUSS  
STÄRKEN

## Internationale Öffnung der Hochschulen fördern

Nach wie vor orientiert sich die Landespolitik daran, dass die Hochschulen nur zur Versorgung der sächsischen Bevölkerung benötigt werden. Der Zustrom von Studierenden aus anderen Bundesländern und Staaten wird eher als Belastung, denn als Chance gesehen. Die internationale Öffnung der Hochschulen wird zu wenig gefördert.

MEHR STUDIERENDE  
AUS ANDEREN  
BUNDESLÄNDERN  
UND DEM AUSLAND  
AN SACHSENS HOCH-  
SCHULEN

Um die Qualität und Attraktivität der Hochschulen für ausländische Studierende und Lehrende zu steigern, bedarf es einer guten Betreuung, geringer Kosten für Deutsch- und Fachprüfungen und geringerer Hürden für den Erhalt von Visum und Arbeitserlaubnis. Internationalität heißt auch, dass Studierende aus Sachsen sich international orientieren und einen Teil ihres Studiums im Ausland bestreiten. Auslandsstudienzeiten müssen ebenso wie die Möglichkeiten des Spracherwerbs weiter gefördert werden.

INTERNATIONALEN  
AUSTAUSCH FÖRDERN  
UND ERLEICHTERN

## Lehramtsstudium modernisieren

Gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sind die Grundlage für gute Schulen. Daher wollen wir die Chancen der Studien- und Schulreform nutzen, um das Lehramtsstudium zu verbessern und stärker an den Bedürfnissen von Schülerinnen und Schülern und den Anforderungen einer modernen Schule auszurichten. Die Lehramtsstudiengänge sollen weiter an die Fachwissenschaften gekoppelt sein.

LEHRAMTSSTUDIUM  
AN MODERNER  
SCHULE AUSRICHTEN

## Nachwuchs in Forschung und Lehre fördern

WISSENSCHAFTLICHEN  
MITTELBAU STÄRKEN

Forschungsorientierte, wissenschaftliche Arbeit ist ein wichtiger Bestandteil des Studiums. Um die Attraktivität Sachsens auf dem Gebiet der Forschung zu stärken, ist es nötig, den wissenschaftlichen Nachwuchs intensiver zu fördern. Dazu sollen der Status von Promovierenden an den Universitäten verbessert und die Mittel für studentische Hilfskräfte sofort erhöht werden. Ein starker Mittelbau ist nötig, um die spezialisierten Professorinnen und Professoren von Verwaltungsaufgaben zu entlasten.

## Mehr Frauen in die Wissenschaft

NACHWUCHSWISSEN-  
SCHAFTLERINNEN  
FÖRDERN

Der Anteil von Frauen unter den Doktoranden, den Lehrenden und vor allem den Professoren ist viel zu niedrig. Um dies zu verändern, stellen „Mentoring“ und Wiedereinstiegsprogramme geeignete Mittel dar. Darüber hinaus ist die gezielte Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen wichtig. Studierende Eltern müssen mehr Möglichkeiten erhalten, ihr Studium flexibel gestalten zu können.

## Soziale Benachteiligung verhindern

AUSBILDUNGS-  
FÖRDERUNG FÜR  
EINKOMMENS-  
SCHWÄCHERE  
VERBESSERN

Da die Sicherung des Lebensunterhaltes während des Studiums in der Regel von den Eltern oder eigener Erwerbstätigkeit abhängt, besteht die Gefahr, dass Kinder aus Familien mit niedrigerem Einkommen von einem Studium eher abgehalten werden und das Studium zum Privileg für Besergestellte wird. Wir werden daher weiter auf eine strukturelle Reform der Ausbildungsförderung drängen und die Bundesregierung in ihren Anstrengungen für eine elternunabhängige Sockelfinanzierung unterstützen. Um den Zugang zum Studium für alle Schichten offen zu halten, sind darüber hinaus soziale Leistungen über die Studentenwerke nach wie vor notwendig und staatlich zu garantieren. Studiengebühren in jeglicher Form lehnen wir ab.

KEINE  
STUDIENGEBÜHREN

## Sofortprogramm für bessere Studienbedingungen

Zum Erhalt des sächsischen Hochschulstandortes brauchen wir ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Studienbedingungen. Die Zahl der Stellen im Mittelbau soll erhöht werden; außerdem sollen mehr Tutorien vergeben werden. Als Anreiz für Lehrende, sich um mehr Qualität zu bemühen, wird ein Lehrmittelpool zur finanziellen Förderung besonders guter Lehre geschaffen. Längere Öffnungszeiten von Bibliotheken und Computerpools werden wir umgehend durch mehr Finanzmittel für studentische Hilfskräfte absichern.

STUDIEN-  
BEDINGUNGEN  
VERBESSERN

Um die heimische Nachfrage nach Forschungsleistungen der Hochschulen zu stärken, werden wir ein spezielles Mittelstandsprogramm auflegen. Wir ermuntern die Hochschulen, ihre Aufgaben in der akademischen Weiterbildung und als kulturelle Zentren wahrzunehmen.

HOCHSCHULEN ALS  
IDEENSCHMIEDEN

## Lebensbegleitendes Lernen fördern

Trotz des Stellenwertes, den lebensbegleitendes Lernen in der Wissensgesellschaft für Arbeitsplatzsicherheit und Karrierechancen aller Bürgerinnen und Bürger einnimmt, wurden die Mittel für Weiterbildung in Sachsen immer wieder gekürzt. Es besteht die reale Gefahr, dass sich die Gesellschaft in Bildungsbegünstigte und Bildungsbenachteiligte teilt. Insbesondere große Teile der älteren Generation und Menschen aus noch bildungsfernen Gruppen drohen zurückzubleiben.

BILDUNG FÜR  
ALLE WICHTIG

Gerade bei der Weiterbildung wird deutlich, dass Bildung ein wichtiger Faktor sozialer Gerechtigkeit ist. Deshalb ist es ein Anliegen von uns sächsischen Sozialdemokraten, möglichst viele Bürger an Weiterbildung teilhaben zu lassen. Wir wollen das Recht der sächsischen Arbeitnehmer auf Bildungsfreistellung und die besondere Förderungswürdigkeit generationsübergreifender Bildung gesetzlich festschreiben. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems soll unter anderem durch die Weiterentwicklung des Zweiten Bildungsweges und durch die Übertragbarkeit von Abschlüssen erhöht werden. Wir werden die Voraussetzungen

DURCHLÄSSIGKEIT DES  
BILDUNGSSYSTEMS  
ERHÖHEN



schaffen, dass in Sachsen beispielsweise der Meisterbrief an den Fachhochschulen und Universitäten als Zulassungsvoraussetzung für das Studium anerkannt wird.

**DICHTES NETZ VON  
KOMMUNALEN  
VOLKSHOCHSCHULEN  
SICHERN**

Sachsen verfügt über ein dichtes Netz an qualifizierten Weiterbildungsträgern, allen voran die Volkshochschulen. Ihre Aufgabe ist es, auch dort tätig zu werden, wo sich Weiterbildung im rein wirtschaftlichen Sinne nicht rechnet. Wo Verständnis für Politik geschaffen werden muss, wo spezielle Angebote für bildungsferne Gruppen und Benachteiligte nötig sind, müssen wir darauf vertrauen können, dass qualifizierte Dozenten zu erschwinglichen Gebühren Weiterbildung für alle wohnortnah möglich machen. Die Arbeit der kommunalen Volkshochschulen muss weiterhin durch Förderung des Freistaates gesichert werden. Die nicht nachvollziehbare Verteilung der Verantwortung für Weiterbildungsaufgaben und deren Förderung durch die Einzelministerien muss zukünftig zentral koordiniert und gerade im Hinblick auf eine länder- und grenzüberschreitende Zusammenarbeit perspektivisch einem Ministerium, einer Stabstelle oder einer „Landesagentur für Weiterbildung“ zugeordnet werden.

**MINISTERIELLE  
„STABSTELLE  
WEITERBILDUNG“**

Zur Stärkung der Position der Teilnehmer an Weiterbildung werden wir geeignete Beteiligungsformen entwickeln und fördern. Bausteine dabei sind die Einführung von Bildungsgutscheinen und eine bessere Qualitätssicherung.

**BILDUNGS-  
GUTSCHEINE  
EINFÜHREN**

**FINANZIERUNG DER  
WEITERBILDUNG  
AUF HOHEM NIVEAU  
HALTEN**

Lebenslanges Lernen braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Deshalb werden wir die finanzielle Unterstützung der Weiterbildung in Sachsen auf hohem Niveau stabilisieren und den in diesem Bildungsbereich tätigen Einrichtungen größtmögliche Planungssicherheit geben. Gleichzeitig wollen wir durch die Einführung regelmäßiger interner und externer Überprüfung die Qualität von Weiterbildung besser als bislang sichern und kontinuierlich ausbauen.

## 2. Wirtschaft schafft Arbeitsplätze, Arbeit und Ausbildung in Sachsen

Sachsen befindet sich nach wie vor in einer wirtschaftlich schwierigen Lage. Vierzehn Jahre Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik unter CDU-Führung konnten die großen Probleme nicht lösen. Trotz einiger Erfolge, die auf einer einseitigen, auf Großunternehmen ausgerichteten Ansiedlungspolitik beruhen, hat sich die wirtschaftliche Lage nicht gebessert. Mit einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich 17,8% gehört der Freistaat zu den Schlusslichtern im bundesdeutschen Vergleich. Die Investitionen in Sachsen sind drastisch zurückgegangen. Die Basis der sächsischen Wirtschaft krankt.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen ist daher oberstes politisches Ziel der sächsischen SPD. Dabei will die SPD wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt für das ganze Sachsen. Als eines der am dichtesten besiedelten Bundesländer kann Sachsen seine historische Rolle als wirtschaftliche und industrielle Kernregion in Deutschland nur auf der Grundlage einer breiten regionalen Entwicklung zurückgewinnen. Die Abwanderung insbesondere junger Menschen und Familien dürfen wir nicht tatenlos hinnehmen.

Motivierte, gut qualifizierte Arbeitskräfte und engagierte Unternehmer bilden die Grundlage für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in Sachsen. Unser Grundsatz lautet: Gutes Geld für gute Arbeit! Ein Niedriglohnland Sachsen und der Abbau von Arbeitnehmerrechten sind sozial ungerecht, fördern die Abwanderung und schwächen den Standort Sachsen. Sachsen muss die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft über hohe Qualität, Produktivität und Innovationen ausbauen. Standorte mit niedrigeren Lohnkosten finden sich immer. Mit einem Landesgesetz zur Regelung der Vergabe öffentlicher Aufträge werden wir dafür sorgen, dass diese vorrangig an auszubildende und Sozialstandards einhaltende Betriebe vergeben werden.

**CDU HAT DIE  
WIRTSCHAFTS-  
PROBLEME  
NICHT GELÖST**

**UNSER OBERSTES ZIEL:  
MEHR ARBEITS- UND  
AUSBILDUNGSPLÄTZE**

**UNSER GRUNDSATZ:  
GUTES GELD FÜR GUTE  
ARBEIT**

**SACHSENS  
WIRTSCHAFT BRAUCHT  
INNOVATIONEN,  
HOHE QUALITÄT  
UND PRODUKTIVITÄT**

**FÜR EINEN  
BESCHÄFTIGUNGS-  
PAKT SACHSEN**

Wir werden einen „Beschäftigungspakt Sachsen“ für unser Land schmieden, an dem alle an der Wirtschaft Beteiligten mitwirken sollen. Unser Ziel ist klar definiert: Mit einem neuen Politikstil wollen wir Handlungsspielräume öffnen, die eine kooperative Beschäftigungspolitik im Interesse aller ermöglichen. Dies ist ein neuer, moderner Ansatz von Politik. Er trägt dazu bei, dass in den Regionen ein Klima der gegenseitigen Verantwortung wächst. Selbstzerstörerischer Kostenwettbewerb, Lohndumping, Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Zahlungsunwilligkeit werden zurückgedrängt; die regionalen Wirtschaftskreisläufe können sich besser entwickeln.

**GEGEN  
LOHNDUMPING,  
SCHWARZARBEIT  
UND ILLEGALE  
BESCHÄFTIGUNG**

**STIFTUNG  
„INNOVATION UND  
ARBEIT IN SACHSEN“**

Als regionales „Bündnis für Arbeit“ unterstützt die Stiftung „Innovation und Arbeit in Sachsen“ (IAS) sachsenweit unternehmens- und branchenorientierte Maßnahmen des ersten Arbeitsmarktes zur Standortsicherung und Netzwerkbildung vor allem in den innovativen Kernbranchen der sächsischen Industrie. Diese wichtige Arbeit der Stiftung IAS wollen wir auch in Zukunft finanziell unterstützen.

**MODERNE  
GROSSBETRIEBE,  
STARKER MITTELSTAND,  
DIENSTLEISTUNGS-  
ORIENTIERTE  
VERWALTUNG**

Das wirtschaftspolitische Leitbild der SPD für Sachsen ist eine breite, vielfältige Unternehmenslandschaft mit Großbetrieben und einem starken Mittelstand. Eine moderne Industrie- und Ansiedlungspolitik rückt dabei Vorteile des Standortes Sachsen ins Scheinwerferlicht: das Potential von gut ausgebildeten Fachkräften, eine moderne Infrastruktur, kompetente, schnelle und dienstleistungsorientierte Behörden sowie ein unternehmerfreundliches Klima insgesamt. Im Rahmen einer umfassenden Verwaltungsreform werden wir dafür sorgen, dass Unternehmen von unnötiger, zeit- und kostenintensiver Bürokratie entlastet werden. Dadurch setzen wir weitere Wachstumspotentiale frei.

**AUSBAU  
INNOVATIVER,  
REGIONALER**

Bereits vorhandene Cluster-Bildungen, d.h. innovative regionale Netzwerke, wie das der Autoindustrie, der neuen Medien, der Biotechnologie, der Umwelttechnologie sowie der Metallindustrie, müssen gestärkt werden. Die im Rahmen solcher Cluster entstehenden industriellen Strukturen müssen miteinander verbunden werden und sind unab-

dingbare Voraussetzungen für die notwendige Stärkung des Mittelstandes in unserem Land.

Wir wollen insbesondere junge Menschen motivieren, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen und sie dabei nach Kräften fördern. Dabei wird die sächsische SPD alle Möglichkeiten nutzen, die Innovations- und Risikobereitschaft – als wichtige unternehmerische Eigenschaften – verbunden mit sozialer Kompetenz zu stärken, und damit ein positives Unternehmerbild befördern.

### Mittelstand in den Mittelpunkt

Wir wollen unsere Wirtschaftspolitik konsequent auf den sächsischen Mittelstand ausrichten, denn die kleinen und mittleren Unternehmen stellen in Sachsen ca. 70% der Arbeits- und 80% der Ausbildungsplätze.

Ein wesentliches Hemmnis für die Entwicklung des Mittelstands in Sachsen ist die geringe Eigenkapitalquote sächsischer Unternehmen. Deshalb wollen wir einen Mittelstandsfonds zur Bereitstellung von Investitionskapital aus dem privaten Kapitalmarkt schaffen. Beteiligungsfinanzierungen durch die Sächsische Aufbaubank (SAB) müssen ausgebaut werden. Wir unterstützen die Mittelstandsinitiativen des Bundes in Kooperation mit der Deutschen Treuhandanstalt (DTA) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bzw. den Aufbau einer Mittelstandsbank. Wir wollen die Vergabe öffentlicher Förderdarlehen durch eine kostendeckende Gestaltung der Hausbankmargen und eine Stärkung der Haftungsfreistellung erleichtern, um auch mittelständischen Unternehmen, die über keine ausreichenden Sicherheiten verfügen, den Weg zu Krediten ermöglichen.

Außerdem unterstützt die sächsische SPD steuerliche Maßnahmen zur Erhöhung der Eigenkapitalbasis von klein- und mittelständischen Unternehmen.

Wir fördern die Kooperation von mittelständischen Unternehmen mit den in Sachsen ansässigen Großunternehmen. So kann auch der Mittelstand an internationalen Koopera-

**HILFE ZUR  
SELBSTSTÄNDIGKEIT**

**KONZENTRATION AUF  
DEN MITTELSTAND**

**MITTELSTANDS-  
FINANZIERUNG  
VERBESSERN**

**KOOPERATIONS-  
NETZWERKE  
KNÜPFEN**

tionsnetzwerken in den Bereichen Produktion und Information teilhaben. Nicht zuletzt erwachsen aus der Forschungstätigkeit der Großunternehmen auch gute Chancen für neue Produkte und Prozesse in mittelständischen Unternehmen.

### Gewerbliche Genossenschaften fördern

Zu einer modernen Wirtschaftspolitik gehört auch die Förderung von Genossenschaften. Die sächsische Sozialdemokratie steht der Genossenschaftsidee nicht nur aus Tradition aufgeschlossen gegenüber. Auch heute geben Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften dem Mittelstand und wirtschaftlich Schwächeren Gelegenheit, sich zu leistungs-fähigen und wirtschaftlich bedeutenden Unternehmungen zusammenzuschließen.

### Wirtschaftsförderung verbessern

Die Wirtschaftsförderung in Sachsen ist in ihrer Gesamtheit nicht zielführend. Die Förderpolitik in Sachsen muss effizienter werden. Sie benötigt mehr Transparenz, weniger Bürokratie und eine verbesserte Beratungsqualität. Dazu müssen die Förderprogramme gebündelt und klare, überprüfbare Zielvorgaben gesetzt werden. Der Erfolg der Fördermaßnahmen muss durch unabhängige Gutachter regelmäßig überprüft werden. Um das Dickicht der Wirtschaftsförderung zu lichten, wollen wir eine „Mittelstandsagentur Sachsen“ einrichten. Sie soll Anlaufstelle sein, die im Sinne eines so genannten „one stop shop“ alle Unterstützungsangebote und Dienstleistungen bündelt. Die Wirtschaftsförderung muss sich an den spezifischen Bedürfnissen der einzelnen Branchen ausrichten. Sie soll Innovationsfähigkeit fördern, Standortnachteile ausgleichen, in Notsituationen helfen und vor allem die besonderen Qualitäten der Unternehmen stärken.

### Mehr Investitionen – besseres Marketing

Der Erfolg eines Unternehmens ist in erster Linie von Nachfrage und Aufträgen abhängig – auch von öffentlichen Aufträgen. Tatsache ist, dass der Freistaat Sachsen seine Inve-

stitionen von 1995 bis 2002 nicht erhöht, sondern um die Hälfte gesenkt hat. Wer nicht investiert, verliert. Diese schlichte Wahrheit scheint der seit 1990 regierenden CDU verlorengegangen zu sein.

Nicht nur die Investitionsquote ist gesunken, es fehlt auch an überzeugenden und erfolgreichen Maßnahmen der Staatsregierung zur Produktförderung und zur Förderung der Exportgeschäfte der sächsischen Wirtschaft.

Wir Sozialdemokraten wollen die Investitionsquote wieder deutlich anheben und damit die Grundlage für mehr Binnenwachstum schaffen. Wir wollen die Produkt- und Markenförderung ausbauen und der Imagewerbung für sächsische Produkte und Dienstleistungen einen kräftigen Schub geben.

Trotz erstklassiger Produkte und Produktionsmethoden fehlt es vielen Unternehmen an erfolgreichen Vermarktungs- und Absatzstrategien. Die Erschließung neuer Märkte und verbessertes Marketing sollen deshalb in der Förderstrategie künftig eine zentrale Rolle spielen, zum Beispiel über eine bessere Messe- und Absatzförderung.

### Existenzgründer ermutigen und ihnen helfen

Die Selbstständigenquote in Sachsen liegt immer noch deutlich unter dem Schnitt der alten Bundesländer. Aber Existenz- und Unternehmensgründungen sind eine der wichtigsten Voraussetzungen für mehr Beschäftigung und Wachstum.

Wir setzen uns daher für die Einrichtung von neuen Existenzgründerlehrstühlen an Sachsens Hochschulen ein. Um die Quote der erfolgreichen Existenzgründungen zu erhöhen, soll die Beratung und Begleitung über Mentorenprogramme intensiviert werden. Um bestehende Unternehmen nicht in ihrer Existenz zu gefährden, soll – in enger Abstimmung mit den regionalen Wirtschaftsverbänden – die Existenzgründerförderung auf Branchen mit guten Wachstumsaussichten konzentriert werden. Die Zusammenarbeit

**GENOSSENSCHAFTEN  
MIT GUTEN  
ZUKUNFTSCHANCEN**

**WIRTSCHAFTS-  
FÖRDERUNG MUSS  
TRANSPARENTER UND  
EFFIZIENTER WERDEN**

**„MITTELSTANDS-  
AGENTUR SACHSEN“**

**ÖFFENTLICHE  
INVESTITIONEN  
STARK GESUNKEN**

**CDU OHNE  
ÜBERZEUGENDE  
MARKETINGKONZEPTE**

**INVESTITIONEN  
STÄRKEN WACHSTUM**

**IMAGE- UND  
PRODUKTWERBUNG  
VERBESSERN**

**SELBSTSTÄNDIGEN-  
QUOTE ZU NIEDRIG**

**EXISTENZGRÜNDER-  
LEHRSTÜHLE  
AN SACHSENS  
HOCHSCHULEN**

mit den Agenturen für Arbeit, die ebenfalls Existenzgründungen fördern, muss verstärkt werden.

#### NEUE IMPULSE FÜR FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Trotz überproportionalen Wachstums bei der forschungsintensiven Produktion in Ostdeutschland, stehen Forschung und Entwicklung nach wie vor auf einer zu schmalen Basis. Neue Produkte und innovative Produktionsverfahren sind der Schlüssel für bessere Absatzchancen und für mehr Wachstum und Beschäftigung. Wir fordern deshalb eine Technologie- und Forschungsstiftung, die unabhängig von starren Förderprogrammen neue Impulse für Innovationen und Forschung gibt.

#### ÜBERLEBENSFÄHIGEN BETRIEBEN BEI DER SANIERUNG HELFEN

Eine Vielzahl von Unternehmen in Sachsen geraten trotz guter Marktposition in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Erfahrungen bei der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft haben gezeigt, dass der Erhalt überlebensfähiger Betriebe für den Steuerzahler erheblich preisgünstiger ist als der Verzicht auf aktive Hilfen durch den Staat. Wo die unternehmerische Substanz intakt ist, muss der Sanierungsprozess gezielt unterstützt werden. Insolvenzplanverfahren sollen deshalb als strukturpolitisches Instrument zur Sicherung von Arbeitsplätzen systematisch genutzt werden.

### Den demographischen Wandel gestalten: Lehrstellen schaffen, berufliche Qualifizierung und Weiterbildung verstärken

Der demographische Wandel ist auch in Sachsen eine der zentralen Herausforderungen an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die sinkende Zahl junger Menschen in Verbindung mit der Abwanderung in die alten Länder entlasten zwar kurzfristig den Arbeitsmarkt, mittelfristig wird schon in wenigen Jahren der Fachkräftenachwuchs knapp werden. Trotzdem hat sich seit 1999 die Zahl der betrieblichen Lehrstellen in Sachsen verringert. Die Schaffung von Ausbildungsplätzen und die betriebsnahe Qualifizierung müssen deshalb wieder höchste Priorität in Politik und Wirtschaft erhalten.

#### MITTELFRISTIG DROHT FACHKRÄFTEMANGEL

#### AUSBILDUNG FÜR ALLE JUGENDLICHEN

Wir bleiben dabei: Kein Jugendlicher darf nach der Schule in die Arbeitslosigkeit fallen. Jeder Jugendliche hat das

Recht auf Ausbildung und Arbeit. Deshalb unterstützt die sächsische SPD den Beschluss des Bundestages zu einer gesetzlich geregelten Ausbildungsplatzumlage, falls es der Wirtschaft nicht gelingt, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Die sächsische Wirtschaft muss ihrer Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen gerecht werden. Dabei müssen die öffentlichen Arbeitgeber eine Vorbildfunktion übernehmen. Wir wollen deshalb durchsetzen, dass in der Landesverwaltung des Freistaates die Zahl der Ausbildungsplätze wieder steigt.

Die SPD setzt sich für eine umfassende Qualifizierungs- und Ausbildungsinitiative für Sachsen (QUALIS) ein. Das zentrale Ziel ist die dauerhafte Erhöhung des Angebotes an modernen und zukunftssicheren Ausbildungsplätzen in Sachsen. Um es zu erreichen, muss die Zahl der ausbildungsberechtigten und aktiv ausbildenden Betriebe erhöht werden. Nur 24% der sächsischen Betriebe bilden aus, das ist der niedrigste Wert aller Flächenländer.

Ein wichtige Voraussetzung dafür ist die Verbesserung von Personalplanung und Personalentwicklung in kleinen und mittleren Betrieben. Im Rahmen von regionalen Netzwerken sollen Betriebe beim Aufbau personalwirtschaftlichen Know-hows unterstützt und für Fragen der Aus- und Weiterbildung sensibilisiert werden. Nur Unternehmen mit systematischer Personalplanung sind in der Lage, den absehbaren Fachkräftemangel zu berücksichtigen und schon heute Anstrengungen bei der Aus- und Weiterbildung zu unternehmen. Das gilt auch für den Übergang von der Ausbildung in die Beschäftigung, die sogenannte „Zweite Schwelle“. Auch dieser Übergang kann mit Hilfe professioneller und vorausschauender Personalplanung erfolgreicher gestaltet werden.

Um die betriebliche Weiterbildung zu intensivieren und Arbeitslosen die Chance auf die Übernahme in ein Dauerarbeitsverhältnis zu geben, soll gemeinsam mit den Agenturen für Arbeit die Jobrotation gefördert und umgesetzt werden.

**PRIVATE UND  
ÖFFENTLICHE ARBEIT-  
GEBER MÜSSEN  
AUSBILDUNGSPFLICHT  
ERFÜLLEN**

**QUALIFIZIERUNGS-  
UND AUSBILDUNGS-  
INITIATIVE FÜR  
SACHSEN**

**PERSONALPLANUNG  
UND PERSONAL-  
ENTWICKLUNG  
AUSBAUEN**

**JOBROTATION  
FÖRDERN**

**FÖRDERINSTRUMENTE  
MITEINANDER  
ABSTIMMEN**

Jobrotation heißt: Betriebe können Mitarbeiter zur Weiterbildung freistellen, ihre Stelle wird in dieser Zeit mit einem Arbeitslosen besetzt. Erfahrungsgemäß werden nach Abschluss der Maßnahme zwischen 50% und 70% der zwischenzeitlichen Stelleninhaber in ein Dauerarbeitsverhältnis übernommen. Um mehr Jobrotation zu erreichen, müssen die Förderinstrumente der Agenturen für Arbeit mit denen des Freistaates kombiniert und aufeinander abgestimmt werden.

**BERUFLICHE  
AUSBILDUNG  
QUALITATIV  
VERBESSERN**

Angesichts immer größerer Leistungsunterschiede bei den Auszubildenden soll die Flexibilität der beruflichen Ausbildung im Rahmen des dualen Systems erhöht werden. Leistungsstarke und leistungsschwache Jugendliche müssen individuell gefördert werden können. Die Berufsvorbereitung muss qualitativ verbessert werden und sich stärker an den tatsächlichen Inhalten und Gegebenheiten der Ausbildungsberufe orientieren. So erhöhen sich für die Jugendlichen, die an einer Berufsvorbereitung teilnehmen die Chancen auf einen Ausbildungsplatz.

**SONDERPROGRAMM  
FÜR „ALTBEWERBER“**

Der Anteil der Jugendlichen, die bereits seit mehreren Jahren einen Ausbildungsplatz suchen, liegt in Sachsen bei mittlerweile 40% aller Ausbildungsplatzsuchenden. Das bedeutet: Es bildet sich ein „harter Kern“ von Jugendlichen, die kaum noch Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz haben. Mit einem Sonderprogramm für „Altbewerber“ sollen diesen Jugendlichen neue Chancen auf eine Berufsausbildung eröffnet werden.

**Den sächsischen Arbeitsmarkt aktivieren**

Eine deutliche Verbesserung der Situation auf dem sächsischen Arbeitsmarkt ist auf Dauer nur zu erreichen, wenn die Wirtschaftsentwicklung positiv verläuft. Unsere Vorschläge für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung Sachsens liegen auf dem Tisch.

**BRÜCKEN IN DEN  
ARBEITSMARKT BAUEN**

Die arbeitsmarktpolitischen Ziele müssen sich auf die Wiedereingliederung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in den Arbeitsmarkt konzentrieren. Alle staatlichen Leistungen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfän-

ger müssen so gestaltet sein, dass sie die Wiedereingliederung fördern. Wir unterstützen alle lokalen und regionalen Initiativen, die sich die Wiedereingliederung von Arbeitslosen zum Ziel gesetzt haben – insbesondere Kooperationen von Unternehmen und Beschäftigten, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Kapitalgebern und Investoren, öffentlichen Verwaltungen und Verbänden.

**LOKALE UND  
REGIONALE  
BESCHÄFTIGUNGS-  
INITIATIVEN  
UNTERSTÜTZEN**

Benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, wie etwa Langzeitarbeitslose, bedürfen besonderer Unterstützung. Um älteren Langzeitarbeitslosen mit geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt eine würdige Brücke in den Altersruhestand zu bauen, unterstützt die SPD ein Programm „Aktiv zur Rente“. Mit Hilfe dieses Programms sollen die Mittel der Agentur für Arbeit, des Landes und der Kommunen für sinnvolle und nachhaltige Projekte für Langzeitarbeitslose auf kommunaler Ebene miteinander kombiniert werden.

**PROJEKTE FÜR  
LANGZEITARBEITSLÖSE**

In strukturschwachen Regionen können die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten und dringend notwendigen besseren Arbeitsmarktinstrumente nur eingeschränkt wirksam werden. Wir können deshalb auf absehbare Zeit nicht auf öffentlich geförderte Beschäftigung verzichten. Der Freistaat muss bei der Finanzierung von Projekten seiner Verantwortung gegenüber den Arbeitslosen gerecht werden.

**ÖFFENTLICHE  
BESCHÄFTIGUNGS-  
FÖRDERUNG  
ERHALTEN**

Darüber hinaus fordern wir die Einführung von gesetzlich festgelegten Mindestlöhnen, damit angesichts zu geringer Arbeitsplatzangebote auf dem ersten Arbeitsmarkt Arbeitslose nicht in Beschäftigungsverhältnisse zu Hungerlöhnen gedrängt werden.

**MINDESTLÖHNE  
GESETZLICH  
FESTLEGEN****Regionale Infrastruktur entwickeln**

Der Landesentwicklungsplan Sachsen muss als Instrument zur Wirtschaftsentwicklung im Sinne aktiver Industrie- und Standortpolitik eingesetzt werden. Strukturschwache Regionen dürfen nicht aufgegeben werden, sondern sollen insbesondere durch den gezielten Ausbau der Infrastruktur an die starken städtischen Zentren wie Chemnitz, Leipzig und Dresden herangeführt werden.

**STRUKTURSCHWACHE  
REGIONEN GEZIELT  
ENTWICKELN**

**LOKALE UND  
REGIONALE  
BRANCHEN-  
NETZWERKE FÖRDERN**

Unser regionalpolitisch orientierter Ansatz setzt insbesondere auf die gezielte Unterstützung der lokalen und regionalen Unternehmens- und Branchennetzwerke. Auch die großen Investitionen wie die von AMD oder BMW können nur zu dauerhafter Wirtschaftsentwicklung führen, wenn in ihrem Umfeld ein regionales Netz von vergleichbaren, zueinander passenden und miteinander kooperierenden Unternehmen, Forschungs-, Bildungs-, Qualifizierungseinrichtungen und Existenzgründerzentren entsteht.

Eine kluge sächsische Regionalpolitik setzt nicht – wie die CDU-Landesregierung – auf nur ein oder zwei Sektoren, sondern fördert einen gesunden Branchenmix und das Entstehen regionaler Wirtschaftskreisläufe.

**Tourismus als Wirtschaftsfaktor stärken**

**EINZIGARTIGE  
KULTURLANDSCHAFT**

Sachsen verfügt über eine einzigartige Kulturlandschaft, die zu großen Teilen touristisch geprägt ist, wie zum Beispiel das Erzgebirge oder das Elbsandsteingebirge.

**TOURISMUS ALS  
BEDEUTENDER  
WIRTSCHAFTSFAKTOR**

Der Tourismus hat sich zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor für Sachsen entwickelt, in manchen Regionen ist er der wichtigste Haupt- und Nebenerwerbszweig. Von ihm profitieren nicht nur die touristischen Wirtschaftszweige unmittelbar, sondern darüber hinaus mittelbar auch eine Vielzahl von Gewerbetreibenden und Dienstleistern.

**TOURISTISCHE  
ANGEBOTE  
KOORDINIEREN –  
REGIONALES  
MARKETING STÄRKEN**

Wir wollen die Vernetzung der touristischen Leistungsanbieter und deren aktive Einbeziehung in die touristische Arbeit vor Ort fördern sowie das regionale Marketing stärken. Tourismus darf nicht nur als freiwillige Aufgabe der Gemeinden und Landkreise verstanden werden. Gerade auch in Zeiten knapper werdender öffentlicher Mittel kommt der Einbeziehung und Vernetzung der touristischen Leistungsanbieter, zum Beispiel in Tourismusvereinen, besondere Bedeutung zu. Diese Form der unternehmerischen und institutionellen Zusammenarbeit vor Ort wollen und werden wir gezielt unterstützen.

**Leistungsfähige Verkehrsnetze aufbauen**

Die Herstellung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur ist ein wesentlicher Baustein auf dem Weg zu gleichen Lebensverhältnissen in Ost und West. Obwohl seit der Wende viel geleistet wurde, ist der Freistaat noch immer ein beträchtliches Stück von einer ausreichenden Grundversorgung mit Verkehrsinfrastruktur, also mit einem leistungsfähigen Straßen-, Schienen- und Wasserwegenetz, entfernt. Wir werden deshalb den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Sachsen mit Vorrang vorantreiben.

Es ist unser Ziel, die begrenzten Investitionsmittel in den nächsten Jahren auf den Ausbau des „Sachsendreiecks“, auf die Verbesserung der Verkehrsverbindungen zu unseren neuen EU-Nachbarn Polen und Tschechien und auf die bessere Anbindung strukturschwacher Gebiete an die Ballungsräume zu konzentrieren. Kennzeichen sozialdemokratischer Verkehrspolitik ist es dabei, Mobilität mit ökologischen und sozialen Erfordernissen in Einklang zu bringen.

Deshalb treten wir mit Nachdruck für einen modernen öffentlichen Personennahverkehr ein. Eine solidarische Gesellschaft muss dafür sorgen, dass allen, insbesondere aber älteren und sozial schwächeren Menschen, ein ausreichendes und bezahlbares Angebot im öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung steht.

Unser besonderes Augenmerk richten wir auf einen bedarfsgerechten Schülerverkehr, der finanziell so gefördert wird, dass Schüler, Auszubildende und deren Familien nicht unzumutbar belastet werden.

**SÄCHSISCHE  
VERKEHRSNETZE  
WEITER AUSBAUEN**

**GRENZREGIONEN UND  
STRUKTURSCHWACHE  
RÄUME BESSER  
ANBINDEN**

**FÜR EINEN  
MODERNEN  
ÖFFENTLICHEN  
PERSONEN-  
NAHVERKEHR**

**ANGEBOT FÜR  
SCHÜLER UND  
AUSZUBILDENDE  
FINANZIELL SICHERN**

### 3. Sachsen – ein starkes Stück Europa

#### EU-ERWEITERUNG ALS GROßE CHANCE NUTZEN

Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedsstaaten stellt Sachsen vor zahlreiche Herausforderungen, ist aber auch mit großen Chancen verbunden.

#### SACHSEN RÜCKT INS ZENTRUM EUROPAS

Mit der Ausdehnung der EU und dem Fall der Grenzen nach Mittel- und Osteuropa rückt Sachsen in das Zentrum der Europäischen Union. Zusammen mit seinen Nachbarn Polen und Tschechien bildet Sachsen dann nicht nur das geographische Herz, sondern kann vor allem auch zum wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Herz der Europäischen Union werden. Die neuen Kooperationsmöglichkeiten mit unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa, die sich aus ihrer EU-Mitgliedschaft ergeben, werden für Sachsen mit einem erheblichen Fortschritt verbunden sein.

#### GRENZÜBER- SCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT MIT POLEN UND TSCHECHIEN VERBESSERT

Damit ganz Sachsen von diesen Chancen und Möglichkeiten in vollem Maße profitieren kann, sind aber noch eine Reihe von Anstrengungen nötig. Insbesondere müssen die benachbarten Grenzregionen von Sachsen, Polen und Tschechien besser miteinander vernetzt und administrative Hürden bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abgebaut werden. Dabei steht das Ziel im Vordergrund, Kooperationen mit Partnern aus Polen und Tschechien in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Verkehrsinfrastruktur und vor allem Wirtschaft zu erleichtern.

Nur wenn dies gewährleistet ist, wird sich die Dynamik, die sich aus der EU-Erweiterung ergibt, positiv auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Region Sachsen-Böhmen-Niederschlesien auswirken.

#### Grenzüberschreitend lernen und lehren

#### KULTURELLES VERSTÄNDNIS FÜREINANDER SCHAFFEN

Die Grundlage von grenzüberschreitenden Kooperationen ist vor allem gegenseitiges kulturelles Verständnis. Nur wenn die Menschen offen für die gegenseitigen Anliegen, Ziele und Probleme sind, wird aus der erweiterten Staaten-Gemeinschaft auch eine „Gemeinschaft der Menschen“.

Um gegenseitiges Verständnis zu fördern, setzen sich die sächsischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für das Erlernen der Sprache unserer Nachbarn und für ein engeres Miteinander von Deutschen, Tschechen und Polen ein. Deshalb unterstützen wir gemeinsame Veranstaltungen von Vereinen und von Kinder- und Jugendeinrichtungen, die Gründung grenzüberschreitender Vereine sowie den Aufbau gemeinsamer Betreuungs- und Bildungseinrichtungen.

Im schulischen Bereich streben wir die stärkere Förderung und den Aufbau mehrsprachiger Schulen an, die von Kindern aus den drei Nachbarstaaten besucht werden können. Dies fördert die Völkerverständigung unter den Schülerinnen und Schülern. Und es schafft die Voraussetzungen dafür, dass in den dünn besiedelten ländlichen Gebieten Sachsens entlang der Grenze zu Polen und Tschechien Schulschließungen verhindert werden können. So wird die wohnortnahe Schulversorgung im Grenzgebiet ermöglicht und Schulgebäude werden nicht dem Verfall preisgegeben.

Darüber hinaus streben wir auf dem Gebiet der Berufsausbildung und im wissenschaftlichen Bereich eine engere Zusammenarbeit an. Bei der Berufsausbildung setzen wir uns insbesondere für grenzüberschreitende Ausbildungsverbände mit Partnern in Tschechien und Polen ein. Im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit sollen Kooperationen – insbesondere zwischen den sächsischen, böhmischen und niederschlesischen Universitäten und Fachhochschulen – verstärkt werden.

#### Grenzregionen verkehrstechnisch verbinden

Um die Zusammenarbeit zwischen Sachsen, Böhmen und Niederschlesien zu erleichtern, muss die bestehende Verkehrsinfrastruktur ausgebaut und verbessert werden. Für die sächsischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dabei zwei Gesichtspunkte im Vordergrund. Die Grenzregionen müssen verkehrstechnisch besser miteinander verbunden werden, die Ortschaften im Grenzbereich müssen durch den Neubau von Umgehungsstraßen vom Durchgangsverkehr, der nach dem Beitritt zunehmen wird,

#### SPRACHERWERB FÖRDERN

#### MEHRSPRACHIGE SCHULEN IN DEN GRENZREGIONEN AUFBAUEN

#### AUSBILDUNGS- VERBÄNDE MIT TSCHECHISCHEN UND POLNISCHEN PARTNERN

#### BESSERE VERBINDUNGEN UND ENTLASTUNG DURCH UMGEHUNGSSTRAßEN IN DEN GRENZ- REGIONEN

**GRENZ-  
ÜBERSCHREITENDEN  
KOMBINIERTEN  
GÜTERVERKEHR  
STÄRKEN**

entlastet werden. Beide Ziele sollen durch den Aus- und Neubau des grenzüberschreitenden Straßen- und Schienennetzes nach Polen und Tschechien erreicht werden. Dies betrifft nach Ansicht der sächsischen SPD nicht nur die Hauptverkehrsadern – wie die A17 von Dresden nach Prag – sondern auch die regionalen grenzüberschreitenden Straßen und Bahnlinien – z. B. die nach Tschechien verkehrende Vogtlandbahn. Neben dem Bau von neuen Ortsumgehungen fordern wir auch die Ausweitung des grenzüberschreitenden kombinierten Güterverkehrs, wie er seit geraumer Zeit mit der „Rollenden Landstraße“ von Dresden nach Prag betrieben wird, ein. Ebenso streben wir eine bessere Nutzung der sächsischen Schifffahrtswege im Rahmen des grenzüberschreitenden Verkehrs an.

**Den sächsisch-böhmisch-niederschlesischen  
Wirtschaftsraum entwickeln**

**FINANZIELLE HILFEN  
DER EU FÜR SACHSEN  
FORTSCHREIBEN**

Die sächsische Wirtschaft benötigt eine umfassende Unterstützung bei der Erschließung der Märkte in den neuen Mitgliedsstaaten. Sachsen hat zwar in den vergangenen Jahren stark von der EU-Förderung im Rahmen der Strukturfonds profitiert, bedarf aber auch nach der Osterweiterung weiterer finanzieller Hilfen aus Brüssel. Deshalb fordern die sächsischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die weitere Ausweisung Sachsens durch die EU als „Ziel-1-Gebiet“ mit der höchsten Förderstufe. Die bestehenden Fördermöglichkeiten durch die Strukturfonds und Beihilfen der EU müssen noch stärker und konsequenter genutzt werden.

**SACHSEN WEITERHIN  
„ZIEL-1-GEBIET“**

**WIRTSCHAFTS-  
KREISLÄUFE ÜBER  
DIE GRENZEN WEITER  
ENTWICKELN**

Vorrangiges Ziel der sächsischen SPD ist es, die regionalen Wirtschaftskreisläufe grenzüberschreitend weiter zu entwickeln. Hierzu müssen in erster Linie bürokratische Hemmnisse und Hürden abgebaut werden. Um den Informationsaustausch über grenzüberschreitende Wirtschaftsaktivitäten zu verbessern, fördern wir überregionale, zwischenstaatliche Messen und den Aufbau von Informationszentren und Kontaktstellen. Diese haben die Aufgabe, kleine und mittelständische Unternehmen zu beraten sowie Kontakte und Erfahrungsaustausch mit Firmen aus den Nachbarländern zu organisieren. So kann mittelfristig ein Kon-

taktnetz sächsischer Unternehmen mit Kooperationspartnern aus der gesamten Europäischen Union entstehen. Dies wird den zusätzlichen Effekt haben, dass kleine und mittelständische Unternehmen aus Sachsen in Kontakt mit Kooperationspartnern in der gesamten Europäischen Union treten können.

Sachsen kann nach der Osterweiterung vor allem auf die Erfahrungen der Euroregionen und einer Vielzahl weiterer grenzüberschreitender Initiativen und Projekte aufbauen, deren Arbeit die sächsischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen.

**Europa zusammen mit den Menschen aufbauen**

Für den Erfolg der Erweiterung ist aber nicht nur die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft, Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaft notwendig, vor allem müssen die Menschen in die praktische Umsetzung der Erweiterung miteinbezogen werden. Aus diesem Grund setzen sich die sächsischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Transparenz und umfassende Beteiligung bei konkreten Erweiterungsprojekten ein. Nur durch aktive Beteiligung und die Möglichkeit zur Mitgestaltung bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wird die Erweiterung der Europäischen Union für ganz Sachsen und die angrenzenden Regionen zum Erfolg.

**KONTAKTNETZE MIT  
PARTNERN IN DER  
GESAMTEN EU  
AUFBAUEN**

**MEHR TRANSPARENZ  
UND BÜRGER-  
BETEILIGUNG BEI  
EUROPÄISCHEN  
PROJEKTEN**



## 4. Eine moderne Familie ist unsere Zukunft

### Beste Chancen für unsere Kinder

**RECHTE VON KINDERN STÄRKEN – MEHR KINDERFREUNDLICHKEIT**

Kinder rücken oft nur als Objekte elterlicher Fürsorge in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Wir werden die Rechtsstellung von Kindern als eigenständige Persönlichkeiten stärken und wir werden Kinderfreundlichkeit fördern. Bei allen Gesetzes- und Planungsvorhaben müssen die Auswirkungen auf Kinder überprüft werden. Um dies zu erreichen, werden wir das Amt eines Kinderbeauftragten einführen, der alle Vorhaben auf Kinderfreundlichkeit überprüft.

Kinderbetreuung muss sich zukünftig an den Ansprüchen und Bedürfnissen von Kindern und nicht an denen der Sorgeberechtigten ausrichten.

**UNSER ZIEL: BESTE BETREUUNGSANGEBOTE FÜR KINDER**

Kinderbetreuung rückt seit Jahren immer mehr in den Mittelpunkt familienpolitischer Auseinandersetzungen. Eltern wünschen sich gute Betreuung und beste Bildungschancen für ihre Kinder, daneben aber auch die Möglichkeit Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Diesem Wunsch werden wir aus Überzeugung Rechnung tragen: Wir werden den Rechtsanspruch zum Besuch einer Kindertagesstätte bis zum Ende der Grundschule einführen. Zugangskriterien zu Betreuungseinrichtungen werden wir abschaffen.

**RECHTSANSPRUCH AUF KITA-BESUCH BIS ZUM ENDE DER GRUNDSCHULE**

Ein flächendeckendes und qualifiziertes Betreuungsangebot kann langfristig nur gesichert werden, wenn sich der Freistaat verstärkt an der Finanzierung von Kindertagesstätten beteiligt. Deshalb werden wir ein dringend notwendiges Investitionsprogramm für Kindertagesstätten beschließen. Hieraus sollen sowohl Sanierung als auch Neubau von Kindertagesstätten finanziert werden.

**STAATLICHES INVESTITIONSPROGRAMM FÜR KINDERTAGESSTÄTTEN**

Nach den familienfeindlichen Finanzkürzungen der derzeitigen CDU-Staatsregierung sind die Belastungen der Eltern durch Kita-Beiträge an der Grenze des Tragbaren angekommen.

men. Wir werden den Zuschuss des Freistaates zu den Kita-Gebühren erhöhen und damit Kommunen und Eltern entlasten.

**ZUSCHUSS ZU KITAGEBÜHREN ERHÖHEN**

Wir wollen den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten weiter stärken. Ein Bildungsauftrag, der auf die Schule und anschließende Bildungseinrichtungen fixiert ist, setzt zu spät an. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die Grundlagen von Lernkompetenz sehr viel früher gelegt werden. Die Schule tritt somit in bereits laufende Lernprozesse ein, erweitert sie und gibt ihnen eine neue Form und Perspektive. Kinder haben bereits eine Vielzahl von Lernerfahrungen gemacht, bevor sie das Schulalter erreichen.

**BILDUNGSauftrag DER KITAS AUSDEHNEN**

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten darf die finanzielle Situation der Eltern keine Rolle spielen, wenn es um die Bildung ihrer Kinder geht. Dies ist jedoch langfristig nur durch eine kostenfreie Kindertagesstätte möglich. In einem ersten Schritt werden wir dafür sorgen, dass im letzten Jahr vor Beginn der Schulzeit die Kindereinrichtungen kostenfrei besucht werden können.

**FÜR EINE KOSTENFREIE KITA IM LETZTEN JAHR VOR DER SCHULE**

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, müssen die Zeiten für Kinderbetreuung den sich deutlich verändernden Arbeitszeiten angepasst werden. Kindereinrichtungen mit Spätöffnungszeiten müssen genauso selbstverständlich sein wie Kindergärten, die samstags geöffnet sind.

**BETREUUNGSZEITEN DEN GEÄNDERTEN ARBEITSZEITEN ANPASSEN**

### Jugendlichen eine Perspektive geben

Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb setzt die sächsische SPD auf die aktive Förderung von Kindern und Jugendlichen. Die CDU macht das Gegenteil. Sie akzeptiert, dass immer mehr junge Menschen unser Land verlassen, ohne dagegen etwas zu tun. So droht Sachsen zu überaltern.

Jeder Jugendliche hat das Recht auf Ausbildung und Arbeit. Wir appellieren an die sächsische Wirtschaft für ausreichend Ausbildungsplätze Sorge zu tragen. Gelingt ihr dies nicht, muss eine gesetzlich geregelte Ausbildungsplatzumlage greifen.

**FÜR DAS RECHT AUF AUSBILDUNG UND ARBEIT**

<b>FÜR EINE AKTIVE JUGENDPOLITIK</b>	Die SPD setzt dem Nichtstun der CDU das Konzept einer aktiven, fördernden Jugendpolitik entgegen. Sachsen soll für alle Kinder und Jugendlichen lebens- und liebenswerte Heimat werden.
	Wir treten dafür ein, dass Schule, außerschulische Jugendarbeit und Jugendhilfe personell, finanziell und organisatorisch eng zusammenarbeiten. Besonderer Förderung bedürfen vor allem sozial benachteiligte Jugendliche.
<b>JUGENDARBEIT VERLÄSSLICH FINANZIEREN</b>	Die SPD wird gesetzlich verankern, dass Jugendfreizeit- und Jugendsozialarbeit staatlich unterstützt und verlässlich finanziert werden. Grundlage für staatliches Engagement muss eine kontinuierliche Jugendhilfe- und Sozialplanung sein.
<b>MITENTSCHEIDUNGSRECHTE STÄRKEN</b>	Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche bei allen Entscheidungen, die ihren persönlichen Lebensbereich betreffen, angehört und beteiligt werden. Die praktische Umsetzung dieser Beteiligung werden wir gesetzlich regeln.
<b>KINDER- UND FAMILIENFREUNDLICHKEIT POLITISCHER BESCHLÜSSE SICHERN</b>	Darüber fordern wir, dass alle politischen Ebenen in Sachsen – von den kommunalen Räten bis zum Landtag – ihre Vorhaben vor Beschluss auf Kinder- und Familienfreundlichkeit überprüfen.
<b>SÄCHSISCHEN JUGENDBERICHT FORTSCHREIBEN</b>	Die SPD setzt sich für eine Fortschreibung des Sächsischen Jugendberichts ein, da dieser wichtige Daten zur Situation von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien als Entscheidungsgrundlage für politische Beschlüsse liefert. Die Daten des Jugendberichts müssen öffentlich zugänglich sein.
	<b>Familien auf ein sicheres Fundament stellen</b>
<b>KINDER DÜRFEN KEIN ARMUTSRISIKO SEIN</b>	Familien sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Familien übernehmen – auch generationsübergreifend – Verantwortung füreinander. Familien vermitteln im Zusammenleben zentrale Werte und Regeln unserer Gesellschaft. Familien haben einen Anspruch auf sozial gerechten Ausgleich ihrer Leistungen. Kinder dürfen nicht zum Armutsrisiko werden.

Mit Sorge betrachten wir die rückläufige demographische Entwicklung in Sachsen. Eine Ursache für den Bevölkerungsrückgang ist der Geburteneinbruch Anfang der 90er Jahre. Eine moderne Familienpolitik muss zum Ziel haben, die Zahl der Geburten zu erhöhen, um auch so eine weiterhin möglichst ausgeglichene Bevölkerungsstruktur in unseren Städten und Gemeinden zu erhalten. Die Lebenspläne junger Menschen sind heute vielfältiger als die früherer Generationen. Gerade junge, zumeist gut ausgebildete Frauen müssen sich heute oft zwischen Familie oder Beruf entscheiden. Junge Menschen wollen in den meisten Fällen beides: Kinder haben und berufstätig sein. Deshalb werden wir alles dafür tun, dass gerade in Sachsen Familie und Berufsleben miteinander vereinbar werden. Kinder bereichern nicht nur die Familien, sondern auch unser Land.

### Gleiches Recht für alle Partnerschaften

Wir Sozialdemokraten stehen für ein weltoffenes und tolerantes Sachsen. Wir akzeptieren selbstverständlich die unterschiedlichen Formen zwischenmenschlicher Beziehungen und wir setzen uns gegen jegliche Art von Diskriminierung ein. Wir werden die Gleichberechtigung für Lesben und Schwule in Sachsen weiter vorantreiben und dabei helfen, Vorurteile abzubauen. Wir werden die Eintragung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften bei den Standesämtern ermöglichen und uns auf Bundesebene für das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften einsetzen.

### Das Alter als lebenswerte und sinnvolle Zeit

In den letzten 100 Jahren hat sich die Lebenserwartung verdoppelt und sie steigt weiter. Die Menschen leben nicht nur länger, sie sind auch länger fit und mobil. Die Gruppe der über 60-Jährigen in unserer Gesellschaft wird immer größer. Wir wollen die Chancen, die diese Entwicklung birgt, fördern und ihre Risiken minimieren.

Unser Leitziel ist die aktive Selbstständigkeit auch im Alter. Dazu werden wir Hilfs- und Pflegeangebote machen, die ein

**DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG BESORGNISERREGEND**

**FAMILIEN UND BERUF MÜSSEN VEREINBAR SEIN**

**KEINE DISKRIMINIERUNG VON LESBEN UND SCHWULEN**

**NEUE CHANCEN FÜR ÄLTERE MENSCHEN**

**SELBSTSTÄNDIGKEIT AUCH IM ALTER**

**WOHNORTNAHE  
DIENSTLEISTUNGS-  
ANGEBOTE FÜR  
SENIORINNEN UND  
SENIOREN**

Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir vielfältige, wohnortnahe Dienstleistungsangebote, die eine bedarfsgerechte individuelle Unterstützung alter Menschen gewährleisten. Die Erhaltung von Aktivität und Mobilität im Alter ist nicht nur für den einzelnen Menschen, sondern auch für das gesellschaftliche Umfeld wichtig. Altengerechte Wohnungen, gesundheitliche Prävention, bedarfsgerechte Rehabilitation sowie eine gute geriatrische Versorgung sind dazu notwendig.

**ALTENGERECHTE  
WOHNUNGEN BAUEN  
– PFLEGEANGEBOTE  
VERBESSERN**

Wir werden die Förderung altengerechten Wohnens in den Wohngebieten verbessern, den Ausbau der Angebote an Tages- und Kurzzeitpflege fördern, die altersgemäße Versorgung in den Krankenhäusern stärken und für Verbesserungen in der ambulanten wie der stationären Versorgung Demenzkranker sorgen. Als ersten Schritt wollen wir dabei innovative Wohnformen für demenzerkrankte Menschen erproben.

**ZUSAMMENLEBEN  
UND DIALOG DER  
GENERATIONEN  
FÖRDERN**

Wir wollen älteren Menschen helfen, eine Tätigkeit zu finden, die ihnen Spaß macht und die Lebensfreude vermittelt. Wir wollen das Zusammenleben der Generationen, den Dialog untereinander, den Austausch von Kenntnissen und den Erwerb neuer Fähigkeiten auch noch im Alter fördern. Ältere Menschen dürfen nicht ausgegrenzt werden, sie müssen mit ihren reichhaltigen Erfahrungen und ihrer Leistungsfähigkeit ins alltägliche gesellschaftliche Leben eingebunden werden.

**EHRENAMTLICHES  
ENGAGEMENT ÄLTERER  
MENSCHEN  
UNTERSTÜTZEN**

Wir werden das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen stärker unterstützen. Dazu werden wir die „Aktion 55“, die älteren Menschen bei der ehrenamtlichen Arbeit auch finanziell unter die Arme greift, ausdehnen und seniorenfreundliche Angebote zur Weiterbildung und zu sportlichen und kulturellen Aktivitäten fördern. Seniorenvereine, Nachbarschaftshilfen sowie Projekte und Netzwerke, die den Dialog zwischen den Generationen zum Ziel haben, müssen gestärkt werden.

### **Gleichstellung muss erst noch erreicht werden**

Chancengleichheit und die Gleichstellung von Frauen und Männern sind Kernbereiche sozialdemokratischer Politik.

Unser Ziel ist es, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an der Erwerbsarbeit und an der Familienarbeit gesellschaftlich durchzusetzen.

Wir müssen dabei vor allem die Chancen von Frauen im Erwerbsleben verbessern, den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter ermöglichen. Teilzeitarbeit muss auch bei Stellen mit Leitungsaufgaben möglich sein. Hierbei hat der öffentliche Dienst Vorbildfunktion. Jungen Frauen wollen wir ein breiteres Spektrum an Ausbildungsmöglichkeiten insbesondere in zukunftsorientierten Berufen eröffnen.

Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Bei allen Entscheidungsprozessen und Maßnahmen auf allen Ebenen müssen die Aspekte und Fragen der Gleichstellung berücksichtigt werden. Um dies zu gewährleisten, muss insbesondere das Leitungs- und Führungspersonal in öffentlichen und privaten Unternehmen und Einrichtungen gezielt geschult werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Gender-Mainstreaming-Konzept konsequent umgesetzt wird und dass das sächsische Frauenfördergesetz, mit dem wir die Rechte der Frauenbeauftragten stärken und die Arbeit der frauenpolitischen Dachverbände und Frauenprojekte finanziell absichern, weiterentwickelt wird.

Wir stehen für eine Politik, die jegliche Form von Gewalt und Diskriminierung ächtet. Wir müssen auch in Sachsen familiäre Gewalt vorbeugend bekämpfen und den Betroffenen die bestmögliche Hilfe zukommen lassen. Wir benötigen eine flächendeckende Versorgung mit Frauenschutzhäusern und Notruftelefonen, ein Netzwerk von kompetenten Beratungseinrichtungen für Betroffene sowie spezielle Schutzeinrichtungen für Mädchen.

Zudem werden wir durchsetzen, dass die Polizei umgehend und ohne viel Bürokratie diejenigen, die Gewalt gegen Familienangehörigen ausüben, für eine gewisse Zeit der Wohnung verweisen kann.

**UNSER ZIEL:  
GLEICHBERECHTIGUNG  
VON MÄNNERN  
UND FRAUEN**

**BERUFLICHE CHANCEN  
VON FRAUEN  
VERBESSERN**

**GLEICHSTELLUNGS-  
POLITIK ALS QUER-  
SCHNITTAUFGABE**

**GENDER-  
MAINSTREAMING  
KONSEQUENT  
UMSETZEN**

**HILFSNETZWERK FÜR  
OPFER VON  
GEWALT UND  
DISKRIMINIERUNG**

**MAßNAHMEN GEGEN  
GEWALT IN FAMILIEN**

## 5. Politik dient dem Bürger in Land und Kommune

### VERTRAUEN IN GESELLSCHAFT UND POLITIK

Die Menschen in Sachsen haben Anspruch auf ein Leben in Sicherheit und Geborgenheit, auf ein Land ohne Korruption und auf eine Verwaltung, die modern, effizient und bürger-nah ist. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass das Land endlich diesem Anspruch gerecht wird. Wir stehen für eine Gesellschaft, die Vertrauen und Geborgenheit vermittelt; eine Gesellschaft, in der Politik und Verwaltung gut funktionieren; eine Gesellschaft, die von allen aktiv mitgestaltet wird.

### FÜR EIN LEBEN IN SICHERHEIT

#### Sicherheit und Geborgenheit in Sachsen

Die SPD will, dass ein Leben ohne Furcht und Angst auch in Zeiten des gesellschaftlichen Wandels möglich ist. Dabei umfasst unser Begriff von Sicherheit und Geborgenheit weit mehr als nur die Abwendung von Kriminalität und körperlicher Gefahr.

### SOLIDARITÄT UMFASST VIELE BEREICHE

Sicherheit setzt für uns auch voraus, dass es funktionierende Familien, Schulen und Nachbarschaften gibt; dass Menschen solidarisch füreinander eintreten und nicht wegschauen, wenn in ihrer Umgebung Unrecht geschieht oder Menschen diskriminiert werden; dass Gewalt überall und immer, egal in welcher Form, geächtet wird.

### ALLE TRAGEN VERANTWORTUNG FÜR DIE INNERE SICHERHEIT

Natürlich ist Innere Sicherheit ohne eine personell gut ausgestattete und ausgebildete Polizei und Ordnungsverwaltung nicht zu gewährleisten. Aber Polizei und Ordnungsbehörden sind allein nicht immer in der Lage, Gewalt und Kriminalität in allen Fällen vorzubeugen. Diese Verantwortung trägt auch die Gesellschaft als Ganzes.

### KRIMINALITÄT, KORRUPTION UND TERRORISMUS WIRKSAM BEKÄMPFEN

Unser Ziel ist es, alle Formen der Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Dazu gehören auch Wirtschaftskriminalität, Korruption und Terrorismus. Besonders am Herzen liegt uns der Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen aller Art – egal ob es sich nun um Naturgewalten, menschliches Ver-

sagen oder terroristische Anschläge handelt. Zur Vorbeugung von Katastrophen und für den Ernstfall müssen deshalb umfassende Handlungskonzepte entwickelt werden.

#### Die Ausstattung der Polizei verbessern

Die sächsische Polizei benötigt mehr qualifizierte Polizistinnen und Polizisten. Wir werden daher dafür sorgen, dass pro Polizeirevier und Schicht eine zusätzliche Streife zur Verfügung steht. Dies bedeutet einen Zuwachs von rund 700 zusätzlichen Stellen.

### MEHR POLIZEI IM STREIFENDIENST

Langfristig müssen besondere Laufbahnen im Bereich der Polizei eingeführt werden, z. B. für Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Verkehrspolizei oder zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Erforderlich ist zudem eine rasche Einführung der zweigeteilten Laufbahn: Dies steigert das Leistungs- und Ausbildungsniveau der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

### ZWEIFEILTE POLIZEILAUFBAHN EINFÜHREN

#### Ortspolizei zur Bürgerpolizei weiterentwickeln

Die Ortspolizeibehörden, die den Kommunen zugeordnet sind, werden vom Freistaat häufig allein gelassen. Um die Vollzugspolizei von zum Teil polizeifremden Tätigkeiten – wie z. B. dem Stilllegen von Fahrzeugen ohne Haftpflichtversicherung – zu entlasten, müssen die Befugnisse der Ortspolizeibehörden erweitert werden.

### BEFUGNISSE DER ORTSPOLIZEI ERWEITERN

Die in den Kommunen bestehende Vollzugspolizei soll zu einer Bürgerpolizei weiter entwickelt werden, wenn die Trägerkörperschaft eine ausreichende Verwaltungskraft hat. Neben dem Vollzug des Ortsrechts soll diese Bürgerpolizei künftig Aufgaben bei der Gefahrenabwehr im Verkehr, beim Vollzug des Straßen-, Gewerbe- und Ordnungsrechts, beim Umweltschutz, im Gesundheits- und Veterinärwesen und bei der Fischerei, Jagd, Land- und Forstwirtschaft übernehmen. Kommunale Bürgerpolizisten und -polizistinnen, deren Tätigkeiten bislang überwiegend darin bestanden, Ordnungswidrigkeiten wie etwa Parkverbote zu ahnden, werden so zu vollwertigen Polizisten. Der Bürgerpolizist wird durch seine Präsenz ständiger Ansprechpartner für die Bevölkerung.

### BÜRGERPOLIZEI MIT ERWEITERTEN AUFGABEN

## Wirtschaftskriminalität bekämpfen

WIRTSCHAFTS-  
STRAFTATEN DRAMA-  
TISCH ANGESTIEGEN

Die Zahl der Wirtschaftsstraftaten – insbesondere Fälle organisierter Wirtschaftskriminalität – ist in Sachsen in den letzten Jahren dramatisch gestiegen.

ERMITTLUNG UND  
VERFOLGUNG VON  
ORGANISIERTER  
KRIMINALITÄT BESSER  
KOORDINIEREN

Organisierte Kriminalität beläuft sich nicht nur auf Schmuggel von Menschen und Waren, sondern sie erstreckt sich insbesondere auch auf Bereiche wie Subventionsbetrug, Produktpiraterie, verschiedene Formen der illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeit), Konkursdelikte, usw. Um organisierte Kriminalität besser bekämpfen zu können, benötigen wir endlich eine bessere Verzahnung von Staatsanwaltschaften, Finanzämtern, Polizeivollzugsdienst und Landeskriminalamt. Finanzermittler müssen frühzeitig in die Ermittlungen des polizeilichen Staatsschutzes eingebunden werden. Finanzbehörden und Staatsanwaltschaften müssen personell verstärkt werden. Wir werden daher beim Landeskriminalamt mindestens 20 neue Planstellen für Mitarbeiter mit wirtschaftskriminalistischem Sachverstand einrichten.

## Kriminalprävention verstärken

KRIMINALPRÄVENTIVE  
RÄTE FÜR ALLE KREIS-  
FREIEN STÄDTE UND  
LANDKREISE

Kriminalpräventive Räte, die gemeinsam von Polizei und Gebietskörperschaften gebildet und organisiert werden, sollen in allen kreisfreien Städten und Landkreisen tätig werden. Präventions-Projekte, die diese Räte beschließen, sollen mit finanzieller Unterstützung des Freistaates von den Kommunen in eigener Verantwortung umgesetzt werden können.

## Gewalt ächten – gegen Gewalt vorgehen

POLIZEILICHE GEWALT-  
BEKÄMPFUNG NEU  
ORGANISIEREN

Die zunehmende Gewalt in unserer Gesellschaft muss auf jeder Ebene mit aufeinander abgestimmten, vorbeugenden und bestrafenden Maßnahmen bekämpft werden. Vordringlich müssen wir uns dabei um Gewalt unter Jugendlichen und Gewalt in Familien kümmern.

Die bestehenden Sonderkommissionen „Rex“ und „MAG“ müssen zu einer Sonderkommission „GEWALT“ vereinigt wer-

den. Diese muss zudem für andere Gewaltphänomene in unserer Gesellschaft, wie etwa dem Fußball-Hooliganismus, zuständig sein. Gleichzeitig werden wir die Arbeit von Jugendhilfeorganisationen und freien Trägern unterstützen, um vor allem unter Jugendlichen Gewaltprävention zu fördern. Rechtsextremistische Bestrebungen stellen bei der Gewaltbekämpfung ein besonderes Problem dar. Hier ist die gesamte Gesellschaft gefordert. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Jugendliche in das Fahrwasser brauner Rattenfänger abgleiten.

Gewalt in Familien war lange Zeit ein in der Öffentlichkeit kaum beachtetes Thema, obwohl Gewalt im häuslichen Bereich für viele Familien zum Alltag gehört. In erster Linie sind es die schwächeren Familienmitglieder, wie Kinder und Frauen, die von Gewalt betroffen sind. Gewalt in der häuslichen Sphäre muss aber ebenso als kriminelles Unrecht missbilligt und sanktioniert werden wie Gewalt im öffentlichen Raum.

Wir werden dem Gewaltschutzgesetz der Bundesregierung auch in Sachsen zu voller Wirksamkeit verhelfen. Durch eine Änderung des Polizeigesetzes wollen wir dafür Sorge tragen, dass gewalttätige Personen aus der vom Opfer bewohnten Wohnung verwiesen werden können. Zugleich soll durch eine umfassende Beratung und Betreuung von Opfern und Tätern die Gewaltspirale im häuslichen Bereich durchbrochen werden.

## Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz ausbauen

Zur Abwehr von Katastrophen jeder Art benötigt Sachsen ein neues integriertes Gefahrenabwehrsystem. Wir werden daher eine Gefährdungsanalyse, die im Freistaat bislang fehlt, und ein umfassendes Katastrophenschutzkonzept auf den Weg bringen.

Die bestehende gesetzliche 12-Minuten-Hilfsfrist für den Rettungsdienst reicht außerhalb der Ballungsgebiete nicht aus. Wir wollen sie auf 10 Minuten verkürzen. Daneben werden wir diese Frist auch bei der Feuerwehr einführen, für die es bisher keine verbindliche Regelung gibt.

GEWALTPRÄVENTION  
UNTER JUGENDLICHEN  
VERSTÄRKEN

RECHTSEXTREMISMUS  
KONSEQUENT  
BEKÄMPFEN

GEWALT IN DER  
FAMILIE IST KRIMINELL

SCHUTZ FÜR OPFER  
HÄUSLICHER GEWALT

GEFÄHRDUNGS-  
ANALYSE UND  
KATASTROPHEN-  
SCHUTZKONZEPT  
FÜR SACHSEN

RETTUNGSFRIST  
AUF ZEHN MINUTEN  
VERKÜRZEN

**ATTRAKTIVITÄT DER  
FREIWILLIGEN  
FEUERWEHR STEIGERN**

**EINE HAUPT-  
BERUFLICHE  
FEUERWEHREINHEIT  
FÜR JEDEN LANDKREIS**

Eine alternde Bevölkerung, fehlende Jugend und die Tatsache, dass immer öfter Wohn- und Arbeitsort räumlich voneinander entfernt sind, haben auch Auswirkungen auf den Brandschutz – zum Beispiel durch nachlassendes Engagement bei den freiwilligen Feuerwehren. Wir wollen daher die Attraktivität der Freiwilligen Feuerwehren durch eine Aufwertung des Ehrenamtes wieder steigern. Parallel dazu werden wir in jedem Landkreis eine hauptberufliche Ersteinheit der Feuerwehr in Verbindung mit einem Feuerwehrtechnischen Zentrum aufbauen.

**KOMPETENZZENTRUM  
FÜR KRISEN-  
MANAGEMENT  
AUFBAUEN**

Die Landesfeuerwehrschule wurde seit der Wende vernachlässigt. Mit schlechten Lernmöglichkeiten, überfüllten Lehrgängen und katastrophaler Unterbringung kann man junge Feuerwehrleute nicht motivieren. Daher soll die Schule zu einem „Kompetenzzentrum für Krisenmanagement“ auf Landesebene und zur direkten Schnittstelle zu den Bundeskompetenzzentren ausgebaut werden.

**RETTUNGSDIENST  
BEI GEMEINNÜTZIGEN  
VERBÄNDEN IN GUTEN  
HÄNDEN**

Der Rettungsdienst ist bei Hilfsorganisationen, wie dem Deutschen Roten Kreuz, den Johannitern, dem Arbeiter-Samariter-Bund, den Maltesern, und den Feuerwehren in guten Händen. Wir wollen keine Billiganbieter, die zu Dumpingpreisen Lebensrettung betreiben.

**AUSREICHENDE  
NOTARZTVERSORGUNG  
GARANTIEREN**

Darum werden wir dafür sorgen, dass durch einheitlich hohe Standards im gesamten Land die gleichen Qualitätsanforderungen an Notfallrettung und Krankentransport gestellt werden. Eine ausreichende Notarztversorgung, auch im ländlichen Bereich, muss durch den Staat garantiert werden. Die Fortbildung der Notärzte sowie der Rettungsassistenten und Rettungsassistenten soll zur gesetzlichen Pflicht werden.

**NETZ VON RETTUNGS-  
LEITSTELLEN ERHALTEN**

Die bestehenden Rettungsleitstellen dürfen nur auf der Basis von Freiwilligkeit zusammengelegt werden. Wenn ein Kreis aufgrund der Erfahrungen mit der Flutkatastrophe seine Leitstelle behalten will, so soll diese nicht aus der Förderung herausgenommen werden.

Grundlage für einen gut gerüsteten Katastrophenschutz müssen künftig eine Gefährdungsanalyse für den Freistaat

Sachsen und ein umfassendes Katastrophenschutz-Konzept sein. Im Katastrophenfall sind schnelle und umfassende Information und Alarmierung der Bevölkerung extrem wichtig. Deshalb setzen wir uns für ein modernes flächendeckendes Sirensystem zur Erstwarnung der Bevölkerung und die Informationspflicht aller Medien ein.

**FÜR EIN MODERNES  
UND EFFIZIENTES  
WARNSYSTEM**

### Rechtsstaatlichkeit stärken

Wir wollen einen Rechtsstaat mit Bindung von Parlament, Regierung und Gerichten an die Verfassung. Wir wollen einen Staat, der den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet ist. Und wir wollen eine Verwaltung, die die Gesetze beachtet und einhält. Das klingt alles selbstverständlich, ist es aber nicht. Es gibt auch Selbstverständlichkeiten, die man immer wieder betonen muss, sonst geraten sie mehr und mehr in Vergessenheit.

**GRUNDRECHTE UND  
RECHTSSTAATLICHKEIT  
IN ALLEN BEREICHEN  
SICHERN**

Dies gilt auch für die inneren Abläufe der Verwaltung. Alle Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes haben Anspruch darauf, dass Verwaltungsabläufe streng an Recht und Gesetz gebunden sind. Nur eine Verwaltung, die sich nach innen absolut korrekt verhält, kann auch nach außen so arbeiten, dass Bürgerinnen und Bürger sich gut behandelt fühlen und Vertrauen in die staatlichen Instanzen entsteht.

**VERWALTUNGS-  
HANDELN MUSS  
KORREKT UND  
TRANSPARENT SEIN**

Unter der absoluten CDU-Mehrheit droht der Rechtsstaat immer mehr zu verlottern. Immer öfter müssen Beschlüsse der CDU-Mehrheit vom Verfassungsgerichtshof zurückgenommen werden, zu oft erachtet die Sächsische Staatsregierung es nicht für nötig, Anfragen von Oppositionsabgeordneten korrekt zu beantworten.

**SACHSENS CDU  
LÄSST RECHTSSTAAT  
VERLOTTERN**

Die sächsischen Gerichte, die unter der Verantwortung des CDU-Justizministers stehen, sind so überlastet, dass ihre Entscheidungen, selbst wenn sie nach Jahren zugunsten des Bürgers ergehen, diesem oftmals nichts mehr nützen. Wir werden die Gerichte personell so angemessen ausstatten, dass die Bürger in einem überschaubaren Zeitraum zu ihrem Recht kommen.

**BESSERE AUSTATTUNG  
DER GERICHTE FÜR  
SCHNELLERE  
VERFAHREN**

**UNABHÄNGIGKEIT  
DER RICHTER UND  
STAATSANWALT-  
SCHAFTEN SICHERN**

Wir wollen eine unabhängige Richterschaft, die nach Gesetz und Verfassung entscheiden kann, ohne Nachteile in ihrem Fortkommen befürchten zu müssen. Wir wollen unabhängige Strafverfolgungsbehörden; die Politik darf nicht darüber entscheiden, wer strafrechtlich belangt wird und wer nicht.

**Korruption den Kampf ansagen**

**KORRUPTION  
SCHÄDIGT ALLE  
BÜRGERINNEN UND  
BÜRGER**

Korruption ist ein Krebsgeschwür unserer Gesellschaft. Korruption führt nicht nur zu erheblichen wirtschaftlichen Schäden, sondern untergräbt auch das Vertrauen der Menschen in Rechtsstaat und Demokratie. Korruption spielt immer wieder bei der Vergabe von Aufträgen, der Bewilligung von Fördermitteln und der Erteilung von Genehmigungen eine Rolle. Durch Bestechung, Untreue, Betrug oder Vorteilsgewährung entstehen dem Staat sowie den Städten, Gemeinden und Landkreisen und damit dem Steuerzahler jährlich Schäden in Millionenhöhe. Die Folgen tragen alle Bürger. Korruption führt dazu, dass immer weniger Leistung für immer mehr Geld erbracht wird. Diese Kosten werden durch höhere Preise oder Steuern weitgehend an die durchgereicht, die ehrlich ihre Steuern und Abgaben zahlen.

**CDU BEHINDERT  
WIRKSAME  
KORRUPTIONS-  
BEKÄMPFUNG**

Im Freistaat Sachsen ist Korruptionsbekämpfung bisher ein untergeordnetes Thema. Obwohl es in jüngster Zeit eine Vielzahl spektakulärer Korruptionsfälle gegeben hat und die polizeiliche Kriminalstatistik des Freistaates Sachsen seit Jahren steigende Fallzahlen bei der Wirtschaftskriminalität ausweist, ist ein entschlossenes Handeln der CDU-Staatsregierung nicht erkennbar und wohl auch wegen der Verstrickung einer Vielzahl von Personen von CDU und Staatsregierung nicht gewünscht.

**FÜR EIN ANTI-  
KORRUPTIONSGESETZ**

Die SPD will durch ein Anti-Korruptionsgesetz korruptes Verhalten bekämpfen. Wir fordern insbesondere Maßnahmen, die ein korruptionsfreies Verfahren zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen garantiert, wie z. B. die Einführung eines Korruptionsregisters; wir fordern einen Anti-Korruptions-Erlass, der strengen Anforderungen genügt; wir fordern das Prinzip

der systematischen Personalrotation in korruptionsgefährdeten Bereichen, den Einsatz und die Weiterentwicklung des Disziplinar- und Nebentätigkeitsrechts zur Korruptionsbekämpfung (sog. Kleine Kronzeugenregelung) sowie die regelmäßige Erstellung und Fortschreibung eines „Lagebildes Korruptionskriminalität Sachsen“. Darüber hinaus wollen wir dem Rechnungshof zusätzliche Kompetenzen zur Korruptionsbekämpfung zuweisen.

Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass der größte Teil der Bevölkerung ehrlich seine Steuern zahlt, während wenige sich durchmogeln. Eine Modifizierung des Steuergeheimnisses ist daher ebenso wichtig wie der vermehrte Einsatz von Steuerfahndern.

**Für eine transparente Verwaltung**

In Sachsen sind viele Verwaltungsvorgänge für die Bürgerinnen und Bürger völlig undurchschaubar. Manipulation und Korruption werden so erleichtert. Das Ergebnis fehlender Transparenz sind überhöhte Gebühren und Beiträge, die Verschwendung von Steuergeldern und nicht nachvollziehbare Genehmigungsverfahren. Aus der Erfahrung anderer Länder wissen wir, dass Transparenz Korruption verhindert. Transparente Verfahren bei der Festsetzung von Gebühren und Beiträgen für Wasser, Abwasser oder Müll sollen in Zukunft ebenso Standard sein, wie die Kontrolle öffentlicher Auftragsvergabe und politischer Entscheidungen. Jeder hat ein Recht darauf, zu erfahren, warum eine Behörde eine Entscheidung für oder gegen ihn trifft. Wir wollen daher in Sachsen die Informationspflicht der Verwaltung gesetzlich durchsetzen.

Die Informationspflicht darf nicht den Datenschutz berühren. Der Staat soll für den Bürger transparent sein, nicht der Bürger für den Staat. So wichtig Sicherheitsbelange sind, rechtfertigen sie doch nicht die zügellose Beschaffung und Sammlung von Personendaten durch den Staat. Wir wollen das sächsische Datenschutzgesetz weiter verbessern. Außerdem wollen wir die Kompetenzen des unabhängigen Sächsischen Datenschutzbeauftragten erweitern, der künft-

**LAGEBILD  
KORRUPTIONS-  
KRIMINALITÄT  
SACHSEN**

**DER EHRLICHE  
DARF NICHT DER  
DUMME SEIN**

**FEHLENDE  
TRANSPARENZ  
ERLEICHTERT  
KORRUPTION**

**BEHÖRDENENTSCHEI-  
DUNGEN MÜSSEN  
NACHVOLLZIEHBAR  
SEIN**

**PERSÖNLICHEN  
DATENSCHUTZ WEITER  
VERBESSERN**

**KOMPETENZEN DES  
DATENSCHUTZ-  
BEAUFTRAGTEN  
ERWEITERN**

tig auch für den Datenschutz gegenüber Firmen und Verbänden zuständig sein soll. Die bisher dafür zuständigen Regierungspräsidien haben diese Aufgabe nicht wirksam erfüllen können – erst recht nicht, wenn Firmen betroffen sind, hinter denen der Freistaat Sachsen mit den parteipolitischen Interessen der Landesregierung steht.

### Verwaltung modern und bürgernah organisieren

**VERKRUSTUNGEN IN  
DER VERWALTUNG  
AUFBRECHEN**

Wir wollen eine Verwaltung für Sachsen, die effektiv mit der Bürgerschaft und der Wirtschaft zusammenarbeitet und so das Land voranbringt. Wir wollen Verkrustungen in der Verwaltung aufbrechen, um so Kreativität freizusetzen und Innovationen zu ermöglichen. Bürokratie und hierarchische Strukturen verhindern schnelle Entscheidungen und behindern damit die Entwicklung des gesamten Landes. Gewerbetreibende und Wirtschaft benötigen eine Verwaltung, die sich als Dienstleister versteht, eine Verwaltung, die schnell und unbürokratisch entscheidet. Deshalb werden wir eine umfassende Verwaltungsreform auf den Weg bringen.

**VERWALTUNG ALS  
MODERNER  
DIENSTLEISTER**

**REGIERUNGS-  
PRÄSIDIEN  
AUFLÖSEN**

Wir wollen die drei Regierungspräsidien auflösen und die Aufgaben, die diese bislang wahrgenommen haben, im Interesse der Bürgernähe weitgehend kommunalisieren.

**MEHR RECHTE UND  
ZUSTÄNDIGKEITEN  
FÜR DIE KOMMUNEN**

Die großen Kreisstädte und größeren kreisangehörigen Städte und Gemeinden sollen künftig – als Stützpunktverwaltung für die umliegenden kreisangehörigen Gemeinden – in eigener Zuständigkeit Aufgaben wahrnehmen, die bislang vom Landkreis erfüllt wurden, sofern diese Aufgaben lokale Bedeutung haben oder mit Publikumsverkehr verbunden sind. So soll der Bürger künftig seine KfZ-Stelle, das Sozialamt oder das Bauamt vor Ort finden. Die An- und Abmeldung von Autos, die Bearbeitung des Bauantrags, die Erteilung von Sondergenehmigungen oder die Stellung von Sozialhilfeanträgen werden damit vor Ort möglich.

### Bürgerbegehren und -entscheide erleichtern

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind eine Möglichkeit, lokale Demokratie erlebbar zu machen. Mit dieser Form

der direkten Demokratie kann das Interesse der Bürgerinnen und Bürger für kommunalen Probleme und Fragen geweckt werden. Die Möglichkeit selbst mit zu entscheiden stärkt gleichzeitig die Identifikation der Menschen mit ihrer Heimatstadt oder ihrer Heimatgemeinde. Deshalb müssen die Regeln für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide einfach und bürgerfreundlich gestaltet werden.

### Bürger verstärkt mit entscheiden lassen

Die SPD steht für eine verbesserte Bürgerbeteiligung insbesondere bei der Projektierung, Planung und Durchführung öffentlicher Anlagen im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, der Müllbeseitigung sowie des kommunalen Straßenbaus.

Bürgerinnen und Bürger sollen künftig über die Gestaltung ihres Lebensumfeldes und auch über die notwendigen Kosten, die über Steuern und Abgaben getragen werden müssen, mitentscheiden. Voraussetzung dafür ist der Zugang zu allen notwendigen Informationen über Planungsvorhaben. Nur wenn Rathaus und Landratsamt offen informieren, kann der Bürger verantwortungsvoll mitgestalten.

### Ehrenamt ausbauen

Wir begrüßen gesellschaftliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern und fördern dies nach Kräften. Wir wollen, das Ehrenamt wieder attraktiver machen. Es muss wieder „in“ sein, für das Allgemeinwohl tätig zu werden.

Auch das Land kann eine Reihe von Maßnahmen durchführen, um das Ehrenamt attraktiver zu machen. Dazu gehört ein umfassender Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige – vor allem Unfall- und Haftpflichtversicherung –, die Einführung eines Ehrenamtsnachweises und die Verbesserung der Aus- und Fortbildungsstrukturen für Ehrenamtliche. Außerdem kann das Land Preise stiften, mit denen verschiedene Formen ehrenamtlicher Tätigkeit ausgezeichnet werden.

**DIREKTE DEMOKRATIE  
STÄRKEN**

**MEHR  
MÖGLICHKEITEN ZUR  
BÜRGERBETEILIGUNG**

**UMFASSENDE UND  
OFFENE INFORMATION  
GARANTIEREN**

**DAS EHRENAMT MUSS  
ATTRAKTIVER WERDEN**

**EHRENAMTLICHE  
TÄTIGKEIT BESSER  
UNTERSTÜTZEN**



## Identität dörflicher Gemeinschaften bewahren

**SELBSTVERWALTUNG  
KLEINER  
ORTSCHAFTEN  
STÄRKEN**

Nachdem in vielen kleinen Ortschaften die letzten Geschäfte geschlossen haben, droht diesen als Mitgliedsgemeinden von Verwaltungsgemeinschaften und -verbänden nun auch noch der flächendeckende Verlust der eigenen Gemeindeverwaltung. Die SPD will die Selbstverwaltung stärken, um die Identität ländlicher Gemeinden zu bewahren. Ehrenamtliche Tätigkeit, das Vereinsleben am Ort sowie die eigene Schule und Gemeindeverwaltung sind unverzichtbare Elemente lokaler Eigenständigkeit. Diese Eigenständigkeit zu bewahren und die Bedeutung der Ortschaftsverfassungen zu stärken, zählt zu den vordringlichsten Aufgaben sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Deshalb sollen auch Ortsvorsteher direkt gewählt werden können.

## Leistungsfähigkeit der Kommunen wiederherstellen

**STÄDTE UND  
GEMEINDEN SIND  
LEBENSMITTELPUNKT**

Wir wollen eine nachhaltige Entwicklung unserer Kommunen in allen Lebensbereichen. Wir wollen städtische und ländliche Räume, die sich zum Wohle aller Menschen entwickeln, und in denen sich Perspektiven für die Jugend eröffnen. Wir wollen Städte und Gemeinden, die denen Hilfe und Unterstützung geben, die sie benötigen, und in denen ältere Menschen einen sicheren Platz inmitten unserer Gesellschaft finden.

**KOMMUNEN UND  
KREISE BRAUCHEN  
MEHR HANDLUNGS-  
SPIELRÄUME**

Die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise gehört zu den wichtigsten Zielen sozialdemokratischer Politik für Sachsen. Die Handlungsspielräume der sächsischen Landkreise, Städte und Gemeinden werden von Jahr zu Jahr geringer. Zahlreiche Kommunen können ihre Haushalte bereits seit längerem oft nur noch durch den Verkauf kommunalen Eigentums, durch Personalabbau und durch Kürzungen kommunaler Leistungen ausgleichen.

**FINANZBEZIEHUNGEN  
ZWISCHEN BUND,  
LÄNDERN UND  
GEMEINDEN  
NEU ORDNET**

Wir sprechen uns daher dafür aus, dass die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nach dem Konnexitätsprinzip geregelt werden. Dies bedeutet, dass über das Ob und das Wie öffentlicher Aufgaben nur die Ebene entscheiden darf, die auch für die Kosten aufkommt.

## Gemeindefinanzierung zur Pflicht des Freistaates machen

Wesentliche Ursache für die dramatische Haushaltslage der sächsischen Kommunen ist die verfehlte Gestaltung des Finanzausgleiches zwischen Land und Kommunen durch die CDU-Regierung. Sachsens Städte, Gemeinden und Kreise werden durch den kommunalen Finanzausgleich, wie ihn die Staatsregierung praktiziert, seit Jahren erheblich benachteiligt. Mit dieser Politik der Finanzverteilung zu Lasten der Städte, Gemeinden und Kreise ist der Finanzautonomie der sächsischen Kommunen und mit ihr der gesamten kommunalen Selbstverwaltung schwerer Schaden zugefügt worden.

Neben kommunalen Investitionsprogrammen, die der Freistaat auflegen muss, um Schulen, Kindertagesstätten, Straßen und Sportstätten zu sanieren oder zu bauen, benötigen unsere Kommunen dringender denn je auch eine Reform der Gemeindefinanzierung auf Landesebene, die ihnen größere finanzielle Unabhängigkeit verschafft. Nur so können sie ihre Investitionskraft wieder stärken.

Landes- und Kommunalaufgaben sind gleichwertig. Hieraus ergibt sich für uns das Gebot einer gerechten und gleichmäßigen Verteilung bestehender Lasten zwischen Land und Kommunen. Ziel einer Gemeindefinanzierung durch das Land muss daher ein aufgabenorientierter Finanzausgleich sein. Wir werden ein neues Gemeindefinanzierungsgesetz vorlegen, das nicht nur deutlich mehr Mittel für den kommunalen Finanzausgleich bereitstellt, sondern regelt, dass künftig alle vom Land an die Kommunen übertragenen Aufgaben auch vom Land finanziert werden.

Durch die Rückübertragung der Aufgaben des Landeswohlfahrtsverbandes auf den Freistaat Sachsen werden wir nicht nur die Alten- und Behindertenhilfe langfristig sichern, sondern auch die Kommunen finanziell weiter entlasten.

**SÄCHSISCHE  
KOMMUNEN  
FINANZIELL  
BENACHTEILIGT**

**REFORM DER  
SÄCHSISCHEN  
GEMEINDE-  
FINANZIERUNG**

**FINANZLASTEN  
GERECHT ZWISCHEN  
LAND UND  
KOMMUNEN  
VERTEILEN**

## Daseinsvorsorge bei den Kommunen lassen

### KOMMUNALE UNTERNEHMEN ALS WICHTIGER REGIONALER WIRTSCHAFTSFAKTOR

Kommunale Unternehmen tragen in erheblichem Maße dazu bei, Arbeitsplätze zu schaffen, eine ausgewogene Entwicklung der Regionen zu garantieren, mit vorhandener Ressourcen sorgfältig und nachhaltig umzugehen, Ökonomie und Ökologie zu vereinbaren und die kulturelle Vielfalt zu erhalten. Kommunale Unternehmen sind zudem ein erheblicher regionaler Wirtschaftsfaktor und gerade für Handwerk, kleinere Gewerbebetriebe und lokale Unternehmen bedeutende Auftraggeber.

### PRIVATISIERUNG ÖFFENTLICHER BETRIEBE BRINGT NACHTEILE

Die CDU-Staatsregierung setzt eindeutig auf die Privatisierung kommunaler Unternehmen und Dienstleistungen. Obwohl in vielen Fällen nach einer Privatisierung damit zu rechnen ist, dass Leistungen schlechter und teurer werden, erhofft sich die CDU Wunder vom freien Markt. Die SPD hält am Recht der Kommunen auf wirtschaftliche Betätigung als Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung fest. Wir werden die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge als wesentliches Instrument zur Erfüllung ihrer Selbstverwaltungsaufgaben sichern und ihnen dabei noch mehr Gestaltungsfreiheit einräumen.

### WIRTSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG DER KOMMUNEN SICHERN

### KOMMUNALE DIENSTLEISTUNGS- STRUKTUREN ERHALTEN UND AUSBAUEN

Wir wollen eine flächendeckende, dauerhafte und verlässliche Grundversorgung in den Kommunen mit einem qualitativ hochwertigen Angebot an lebenswichtigen Dienstleistungen und Gütern. Wir wollen eine kommunale Infrastruktur schaffen und erhalten, die ein funktionierendes öffentliches Leben garantiert. Wir werden ein Regelwerk vorlegen, das den Kommunen die Betätigung in ihren historisch gewachsenen Kernbereichen der Daseinsvorsorge auch künftig sichert und einen fairen und transparenten Wettbewerb dort ermöglicht, wo kommunale und private Unternehmen in Konkurrenz miteinander stehen.

## Kommunalabgaben neu regeln

Wenn Straßen gebaut und Wasserleitungen oder Abwasserkanäle verlegt werden, bringt dies für die betroffenen

Bürger eine Verbesserung, für die sie auch weiterhin Abgaben zahlen müssen. Es würde aber die Solidarität von Bewohnern der Plattensiedlungen überstrapazieren, wenn auch sie mit ihren Steuergeldern für die neue Straße in der Eigenheimsiedlung herangezogen würden. Die Abgaben für Infrastrukturmaßnahmen dürfen nicht ins Unermessliche steigen. Wo Straßen gebaut werden, müssen die Anwohner frühzeitig gehört und beteiligt werden. Dies werden wir gesetzlich festschreiben. Ebenso werden wir Obergrenzen für Wasser- und Abwassergebühren einführen. Wo Bürger über Gebühr mit Wasser und Abwasserpreisen belastet werden, weil Kommunalpolitiker Fehler gemacht haben oder die Rechtsaufsicht geschlafen hat (z.B. wenn die „Betonwirtschaft“ überdimensionierte Kläranlagen angeboten und verkauft hat), muss der Freistaat einspringen. Überschuldete Verbände müssen Finanzmittel und eine neue Chance erhalten.

### KOMMUNALABGABEN GERECHT VERTEILEN

### BÜRGERINNEN UND BÜRGER NICHT MIT GEBÜHREN ÜBER- STRAPAZIEREN

### DER STAAT – NICHT DER BÜRGER – MUSS FÜR FRÜHERE FEHLER ZAHLEN

## 6. Lebenswertes Sachsen

### Gesundheit – der Patient steht im Mittelpunkt

Eine umfassende medizinische Versorgung in der Fläche ist für die sächsische SPD unverzichtbar.

**WOHNORTNAHE  
MEDIZINISCHE  
VERSORGUNG  
SICHERSTELLEN**

Wir setzen uns dafür ein, dass die ambulante medizinische Versorgung in Sachsen wohnortnah bleibt. Gerade im ländlichen Raum müssen Ärzte, Gesundheitszentren und Praxen schnell erreichbar sein. Deshalb werden wir Anreize für Haus- und Fachärzte schaffen, sich in Gebieten mit drohender Unterversorgung niederzulassen. Dabei wollen wir die Chancen der 2003 beschlossenen Gesundheitsreform nutzen, die eine bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung, Formen integrierter Versorgung, die Bildung von Gesundheitszentren und die Zahlung von Sicherstellungszuschlägen bei drohender Unterversorgung ermöglicht.

**CHANCEN DER  
GESUNDHEITSREFORM  
NUTZEN**

Die sächsische Krankenhausplanung werden wir so fort-schreiben, dass spezialisierte Krankenhäuser auch in der Fläche eine gesicherte Perspektive haben. Wir werden auf eine ausgewogene Trägervielfalt in der Krankenhausland-schaft achten. Die Universitätskliniken werden wir so aus-statten, dass sie in medizinischer Versorgung, Forschung und Lehre Spitzenleistungen erbringen können.

**PERSPEKTIVEN FÜR  
KRANKENHÄUSER**

**EIGENVERANTWOR-  
TUNG DURCH MEHR  
TRANSPARENZ UND  
INFORMATION  
FÖRDERN**

Gesund zu leben, liegt auch in der Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Durch mehr Transparenz und In-formation im Gesundheitssystem wollen wir diese Eigen-verantwortung fördern. Dazu werden wir das Amt eines sächsischen Patientenbeauftragten schaffen. Zudem sollen Gesundheitsberichte, insbesondere auch für den Kinder- und Jugendbereich, zur Grundlage für eine effektive sächsi-sche Gesundheitspolitik werden.

**GESUNDHEITSSCHUTZ  
AUSBAUEN**

Gesunde Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaf-fen, ist eine der dringlichsten Zukunftsaufgaben. Dazu wer-den wir den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz stärken sowie den gesundheitlichen Verbraucherschutz ausbauen. Ergänzende Leistungen, etwa in der ambulanten

Pflege oder der Rehabilitation, werden wir erweitern. Unser Ziel besteht in der Sicherung einer integrierten und koordi-nierten gesundheitlichen Behandlung in hoher Qualität.

Die sächsische SPD setzt sich für die Einführung einer Bür-gerversicherung ein. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen künftig in die Krankenversicherung einzahlen. Dabei sollen auch Kapitaleinkünfte herangezogen werden. Die Finanze-rung des Gesundheitssystems wird so auf eine gerechtere und breitere Basis gestellt; die Gesundheitskosten werden teilweise von den Arbeitskosten abgekoppelt. Der Solidar-gedanke wird auf eine breitere gesellschaftliche und finan-zielle Grundlage gestellt.

**FÜR EINE BÜRGER-  
VERSICHERUNG**

### Soziale Infrastruktur sichern und ausbauen

Die SPD wird darauf drängen, die soziale Situation in Sachsen zu verbessern. Die wichtigsten Ziele sind Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Wir wollen den sozialen Zusam-menhalt fördern und die soziale Ausgrenzung verhindern.

**SOZIALEN  
ZUSAMMENHALT  
FÖRDERN**

Für die Herstellung von Chancengerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit ist der Auf- und Ausbau einer bedarfsorientier-ten sozialen Infrastruktur von großer Bedeutung. Die Träger von Sozial- und Gesundheitseinrichtungen müssen die welt-anschauliche und religiöse Vielfalt im Freistaat Sachsen widerspiegeln. Wohlfahrtsverbände tragen in besonderer Weise dem Gebot der weltanschaulichen und religiösen Plu-ralität Rechnung und müssen daher bei der Ausschreibung von Trägerschaften für Gesundheits- und Sozialeinrichtun-gen besonders berücksichtigt werden. Für die sächsische SPD ist Privatisierung kein Wert an sich. Private Trägerschaften sind dann sinnvoll, wenn sie neue Qualitätsstandards, z. B. durch neuartige Konzepte, setzen.

**STELLUNG DER  
WOHLFAHRTS-  
VERBÄNDE STÄRKEN**

Die CDU hat mit ihrer Bundesratsmehrheit die SPD zur Ein-führung der ungeliebten Praxisgebühr in Höhe von zehn Euro je Quartal bei allen Ärzten gezwungen. Die sächsische SPD setzt sich für Bonusprogramme sächsischer Krankenkassen ein, die ihren Mitgliedern bei freiwilliger Teilnahme Befreiung von der Praxisgebühr ermöglichen.

**BEFREIUNG VON DER  
CDU-PRAXISGEBÜHR**

**PROBLEM SOZIALHILFE** In Sachsen ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger zu hoch. Eine Untersuchung der beiden christlichen Wohlfahrtsverbände hat zudem gezeigt, dass auf 10 Sozialhilfeempfänger 17 Personen kommen, die zwar Anspruch auf Sozialhilfe haben, diesen Anspruch aber aus verschiedenen Gründen nicht geltend machen.

**ARMUTSBERICHT ZUR AUFDECKUNG VERSTECKTER NOT** Um verlässliche Daten zur verdeckten Armut und über die Lebenslagen von Sozialhilfeempfängern und Menschen, die von Armut bedroht sind, zu erhalten, wird die SPD-Landtagsfraktion alle zwei Jahre einen Armutsbericht in Auftrag geben. Die verdeckte Armut werden wir durch Verbesserung von Beratungsangeboten und die Umschichtung von Sozialleistungen bekämpfen.

**KONTINUIERLICHE FÖRDERUNG DER SOZIALEN INFRASTRUKTUR GEWÄHRLEISTEN** Bei der Förderung der sozialen Infrastruktur, zu der z. B. Beratungsdienste, Jugendeinrichtungen, Altenpflegeheime, Kindertagesstätten und Krankenhäuser gehören, werden wir uns um Stetigkeit und Transparenz bemühen. Wir werden die Förderrichtlinien vereinheitlichen und ihre Zahl reduzieren. Wir werden prüfen, bei welchen Förderzielen eine Abweichung vom Prinzip der Jährlichkeit geboten ist und entsprechende Reformen durchsetzen.

### Integration umsetzen

**BARRIEREN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN BESEITIGEN** Ziel der sozialdemokratischen Behindertenpolitik ist es, die in der Praxis immer noch bestehenden Ungleichbehandlungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen zu beseitigen. Dazu werden wir ein eigenständiges Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung vorlegen. Die sächsische SPD spricht sich in diesem Gesetz ausdrücklich für ein allgemeines Verbot der Benachteiligung und Diskriminierung behinderter Menschen aus. Besondere Berücksichtigung werden dabei die Belange von behinderten Frauen finden. Damit Transparenz und Kontinuität in der sächsischen Behindertenpolitik gewährleistet werden können, verlangen wir die Einsetzung eines Sächsischen Behindertenbeauftragten und eines Landesbehindertenbeirates. Darüber hinaus wollen wir die Staatsregierung verpflichten, regelmäßig Berichte zur Lage der Menschen mit Behinderung im Freistaat vorzulegen.

**BEHINDERTEN-BEAUFTRAGTEN UND LANDES-BEHINDERTENBEIRAT EINSETZEN**

Wir wollen die Leistungen in der Alten- und Behindertenhilfe, die bisher durch den Landeswohlfahrtsverband erbracht wurden, langfristig sicherstellen, indem wir die Finanzierungs- und Aufgabenverantwortung wieder dem Freistaat Sachsen übertragen.

Die sächsische SPD setzt sich für das Klagerecht sämtlicher anerkannter Behindertenverbände ein.

### Der Kultur Raum geben

Kultur ist unverzichtbarer Bestandteil der menschlichen Lebenswelt. Kultur ist mehr als Literatur, Theater, Musik und bildende Kunst. Kultur äußert sich auch in der Art des Zusammenlebens, in der Wahrung von Traditionen und in den Möglichkeiten, Neues zu entwickeln und aufzunehmen. Kultur lebt auch vom Austausch und der Offenheit gegenüber fremden Kulturen.

Zentrale Aufgabe der Kulturpolitik ist es, diese Freiräume zu gewährleisten, indem sie die Rahmenbedingungen, Arbeitsmöglichkeiten und das richtige Klima für eine optimale Entwicklung und Entfaltung der künstlerischen und kulturellen Potentiale schafft.

Sachsens Kultur lebt von der Verschiedenartigkeit und Vielfalt, von einem reichen kulturellen Erbe, von innovativen Ansätzen und qualifizierten Profilen in der Breite ebenso wie in der Spitze. Dieses Wechselspiel von Tradition und Innovation, von Altem und Neuem, von Hoch- und Breitenkultur, von urbaner und ländlich geprägter Kultur wollen wir erhalten.

Das Modell der Kulturraumfinanzierung hat sich bewährt und wird von uns langfristig fortgesetzt werden. Dabei treten wir dafür ein, dass sich die finanzielle Ausstattung weiterhin dynamisch entwickelt.

Öffentliche Kulturförderung muss Qualitätsansprüchen genügen. Gemeinsam mit allen Beteiligten müssen Finanz- und Organisationsstrukturen entwickelt werden, welche

**AUFGABEN DES LANDESWOHLFAHRTS-VERBANDES WIEDER DEM FREISTAAT SACHSEN ÜBERTRAGEN**

**KULTUR IST UNVERZICHTBAR**

**KUNST UND KULTUR BENÖTIGEN FREIRÄUME**

**SACHSENS KULTURVIELFALT ERHALTEN**

**KULTUR-FINANZIERUNG DYNAMISCH ENTWICKELN**

	die hohe Qualität der Theater- und Orchesterlandschaft Sachsens auch weiterhin gewährleisten.
<b>FREIE KUNST- UND KULTURSZENE BEHÄLT HOHEN STELLENWERT</b>	Aufgabe von Kulturpolitik ist es auch, Voraussetzungen zu schaffen, dass sich innovative Kunst- und Kulturprojekte und neue Formen kultureller Angebote entfalten können. Für die SPD hat es einen hohen Stellenwert, die finanzielle Basis zur Förderung der freien Kunst- und Kulturszene zu gewährleisten.
<b>DAS KULTURELLE ERBE BEWAHREN</b>	Wir wollen eine zukunftsorientierte Denkmalpflege und Museumspolitik, die zur Wahrung des kulturellen Erbes beitragen, sich aber auch an den Bedürfnissen der nachwachsenden Generation orientieren. Wir werden für den Freistaat Sachsen eine dringend nötige Museumskonzeption erstellen, die kultur- und museumspolitische Prioritäten setzt und eine zukunftsweisende Entwicklung ermöglicht.
<b>ÖFFENTLICHES BIBLIOTHEKENNETZ STÄRKEN</b>	Öffentliche Bibliotheken gehören zu den wichtigsten kulturellen und außerschulischen Bildungseinrichtungen. Der Zugang darf keine Frage des Geldbeutels sein. Wir werden daher für eine Stärkung des öffentlichen Bibliothekennetzes sorgen.
	Wir unterstützen die kulturelle Eigenständigkeit des sorbischen Volkes und die Bewerbung von Görlitz als Kulturhauptstadt Europas 2010.
	<b>Medien- und Informationsvielfalt sichern</b>
<b>CHANCENGLEICHER ZUGANG ZU DEN NEUEN MEDIEN</b>	Aufgabe sozialdemokratischer Medienpolitik ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern einen chancengleichen und diskriminierungsfreien Zugang zu den neuen Medien zu ermöglichen und die Vielfalt der medialen Angebote und Anbieter sicherzustellen.
<b>DUALES RUNDFUNKSYSTEM STÄRKEN</b>	Wir wollen beide Säulen des dualen Rundfunksystems – öffentlich-rechtliche und private Sender – stärken, damit Meinungsvielfalt und Pluralismus gewährleistet bleiben.
	Wir bekennen uns zur Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Bei der bevorstehenden

henden Novellierung des Staatsvertrages über den MDR drängen wir darauf, dass für alle öffentlich-rechtlichen Programme erstmals Qualitätsstandards festgeschrieben werden.

Die kulturelle und publizistische Vielfalt muss auch in der digitalen Welt gewährleistet sein. Die Entwicklung der Informations- und Wissensgesellschaft darf nicht allein dem Markt überlassen bleiben. Informationsgewinner und -verlierer darf es am Ende dieses Prozesses nicht geben. Für alle Altersgruppen – von Kindern bis Senioren – und alle sozialen Schichten werden wir entsprechende Bildungs- und Weiterbildungsangebote schaffen. Aufgabe unserer Politik wird es sein, die Medienkompetenz insgesamt zu steigern. Wir werden dafür sorgen, dass in allen öffentlichen Bibliotheken ein kostenfreier Internetzugang eingerichtet wird.

Einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung von Medienkompetenz leistet der Bürgerfunk. Wir werden gewährleisten, dass der Bürgerfunk in Sachsen auch in Zukunft dieser Aufgabe gerecht werden kann.

Die Medienwirtschaft ist ein Wirtschaftszweig mit Zukunft und Perspektive. Dies betrifft speziell die Medien-, Film- und Fernsehwirtschaft. Die Rahmenbedingungen müssen so weiterentwickelt werden, dass auch kleine, junge und innovative Projekte eine Chance zur Entfaltung ihrer kreativen und wirtschaftlichen Potentiale erhalten.

## Eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik

Wir setzen uns für eine verstärkte Förderung innovativer Umweltschutztechnologien ein. Auf Gebieten wie Abfallwirtschaft, Recycling, Luftreinhaltung, Lärmschutz, produktionsintegrierte Systeme, Altlastensanierung, umweltschonende Materialien und Messtechnik wollen wir in Sachsen weiterhin Weltmarktführer bleiben. Im Zuge der EU-Osterweiterung bieten sich hier besondere Chancen für Sachsen, die es im Interesse einer grenzüberschreitend sauberen Umwelt zu nutzen gilt.

**QUALITÄTSSTANDARDS FÜR DEN ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNK**

**MEDIENKOMPETENZ STEIGERN**

**KOSTENFREIER INTERNETZUGANG IN ALLEN ÖFFENTLICHEN BIBLIOTHEKEN**

**ZUKUNFT DES BÜRGERFUNKS SICHERN**

**POTENZIALE INNOVATIVER MEDIEN-UNTERNEHMEN FÖRDERN**

**SACHSENS FÜHRUNG BEI DER ENTWICKLUNG INNOVATIVER UMWELT-TECHNOLOGIEN AUSBAUEN**

**WEITER AUF DIE  
HEIMISCHE  
BRAUNKOHLE SETZEN**

Gerade Energiepolitik hat immer großen Einfluss auf den Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Die einheimische Braunkohle bleibt der dominierende Bestandteil für die sächsische Stromversorgung. Wir setzen uns nachdrücklich für die Sicherung der Arbeitsplätze im Braunkohletagebau und in den Kraftwerken ein. Dies bedeutet auch, dass wir für die Umsiedlung des Ortes Heuersdorf eintreten.

**WENDE ZU  
NACHHALTIGEN  
ENERGIEN EINLEITEN**

Angesichts der dramatischen Klimaveränderungen sowie der Endlichkeit fossiler Brennstoffe ist es erforderlich, die Energiewende einzuleiten. Mit einem Landesprogramm, das ein Finanzvolumen von mindestens 10 Millionen Euro pro Jahr umfasst, werden wir die Förderung erneuerbarer Energien gezielt unterstützen. Bereits bestehende neue Technologien, wie das Projekt „Solarstadt Freiberg“, werden wir weiter entwickeln. Weiterhin werden wir dafür sorgen, dass Sachsen bei der Entwicklung neuer Technologien für Zukunftsenergien eine Vorreiterrolle einnimmt.

**SOLARSTADT FREIBERG  
WEITERENTWICKELN**

**RAUBBAU AN DER  
NATUR UNTERBINDEN**

Die SPD in Sachsen wird sich auch weiterhin für den Erhalt und die rechtskonforme Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten einsetzen. Dies ist insbesondere bei Abbauvorhaben für Steine und Erden von Wichtigkeit. Hier wird leider noch oftmals ohne volkswirtschaftlichen Nutzen Raubbau an der Natur betrieben. Besonderen Wert legen wir auf den Erhalt der Elbe in ihrem derzeitigen naturnahen Zustand. Die Flutkatastrophe 2002 bestätigt unsere Forderungen nach Renaturierung von Flüssen und verstärkter Wiederaufforstung in Hochwasserentstehungsgebieten.

**ERHALT DER ELBE IN  
IHREM NATURNAHEN  
ZUSTAND**

**TIERSCHUTZ ALS  
STAATSIEL**

Die sächsische SPD setzt sich für die aktive Umsetzung des Staatsziels Tierschutz ein.

**BREITE EIGENTUMS-  
STREUUNG IN DER  
LANDWIRTSCHAFT**

### Die moderne Landwirtschaft weiterentwickeln

Die SPD hat sich nach der Wiedervereinigung für eine breite Eigentumsstreuung und die Chancengleichheit aller Betriebsformen in der ostdeutschen Landwirtschaft eingesetzt. Diese Politik hat Früchte getragen. In Sachsen wie in

den anderen neuen Ländern sind moderne leistungsfähige Landwirtschaftsbetriebe entstanden. Gemeinsam mit den Unternehmen der Ernährungsindustrie tragen sie in erheblichem Umfang zur Beschäftigung im ländlichen Raum bei.

Wir wollen diese Entwicklung hin zu einer wettbewerbsfähigen und umweltgerechten Landwirtschaft auch in der Zukunft unterstützen. Dazu setzen wir sowohl auf die Anwendung moderner Technologien – zum Beispiel auf den informationsgestützten Pflanzenbau – wie auch auf den ökologischen Landbau. Zur Sicherung der Beschäftigung in den Dörfern wollen wir eine Landwirtschaft, die neben Nahrungsgütern zunehmend auch nachwachsende Rohstoffe und Energien produziert oder auch ländliche Dienstleistungen, beispielsweise im Tourismusbereich, anbietet.

### Verbraucherrechte und -schutz stärken

Wir wollen die Rechte der Verbraucher sowie ihre Stellung am Markt weiter stärken. Hierzu gehören der Gesundheitsschutz, der Schutz vor wirtschaftlicher Manipulation sowie der Schutz vor Täuschung und Irreführung. Die vorbeugende Verbraucherinformation muss verstärkt gefördert werden, um frühzeitig Informationsdefiziten besonders in Wirtschafts- und Gesundheitsfragen entgegenzusteuern. Die unabhängige Verbraucherinformation, die individuelle Verbraucherberatung und die Interessenvertretung der Verbraucherberatung durch die Verbraucherzentrale Sachsen muss sichergestellt und ausgebaut werden. Um den Interessen der sächsischen Verbraucherinnen und Verbraucher stärker gerecht zu werden, brauchen wir eine stärkere Einbindung der Verbrauchervertreter in politische Gremien und Entscheidungsprozesse.

Der rot-grünen Bundesregierung ist es mit der Einrichtung des Ministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft erstmals gelungen, Verbraucherinteressen einen zentralen Stellenwert in der Bundespolitik zu geben. Wir sind der festen Überzeugung, dass dies auch auf Landesebene geschehen muss.

**ENTWICKLUNG ZU  
EINER WETTBEWERBS-  
FÄHIGEN UND  
UMWELTGERECHTEN  
LANDWIRTSCHAFT  
WEITER FÖRDERN**

**VERBRAUCHERINNEN  
UND VERBRAUCHER  
VOR TÄUSCHUNG  
UND MANIPULATION  
SCHÜTZEN**

**ARBEIT DER  
VERBRAUCHER-  
ZENTRALE SACHSEN  
ABSICHERN**

**MINISTERIUM FÜR  
VERBRAUCHER-  
SCHUTZ, ERNÄHRUNG  
UND LANDWIRT-  
SCHAFT AUCH FÜR DIE  
LANDESEBENE**

Eine moderne, zukunftsweisende Verbraucherpolitik braucht mündige und bewusste Verbraucher, die ihre Kaufentscheidung selbstbestimmt treffen.

### Stadtumbau: Zurück bauen und aufwerten

**WOHNUNGS-  
LEERSTAND  
ZURÜCKFÜHREN –  
PROGRAMM  
„STADTUMBAU OST“  
UMSETZEN**

In Sachsen stehen zurzeit mehr als 400.000 Wohnungen – fast 18 Prozent des Gesamtbestandes – leer. Das von der Bundesregierung initiierte Programm „Stadtumbau Ost“ eröffnet die Möglichkeit, das strukturelle Problem des Leerstandes durch Abriss und stufenweisen Rückbau wirksam zu bekämpfen und gleichzeitig die Aufwertung des verbleibenden Wohnungsbestandes in Angriff zu nehmen. Die Initiative wird dann den gewünschten Erfolg haben, wenn sich der Freistaat zu seiner Verantwortung bekennt und das Programm aktiv unterstützt. Deshalb werden wir nach der Landtagswahl das von der CDU-Staatsregierung gestrichene Landesrückbauprogramm neu auflegen und das Wohnraumförderungsprogramm der Bundesregierung voll in Anspruch nehmen.

**INITIATIVE  
„SOZIALE STADT“  
VORANTREIBEN**

Wir unterstützen zudem die Initiative „Soziale Stadt“, die jenen Stadt- und Ortsteilen zu Gute kommt, die durch die Wanderungsbewegungen der letzten Jahre ins soziale Abseits abzurutschen drohen.

### Verkehrskonzepte verzahnen und integrieren

**VERKEHRSSYSTEME  
OPTIMIEREN**

Um eine moderne Verkehrspolitik, die weder Menschen noch Umwelt schädigt, zu realisieren, setzt die sächsische SPD auf ein „integriertes Verkehrssystem“, welches sicherstellt, dass Schienen-, Straßen-, Wasser- und Luftverkehr ihre jeweiligen Vorzüge und Stärken ausspielen können.

**NEUE INFORMATIONSS-  
TECHNIKEN NUTZEN**

Durch die verstärkte Anwendung von Informations- und Kommunikationstechniken wollen wir die Fahrzeugauslastung verbessern und sinnlose Fahrten vermeiden.

**VERKEHRSNETZE  
MENSCHEN- UND  
UMWELTVERTRÄGLICH  
UMBAUEN**

Konkrete Möglichkeiten zur Verbesserung der Menschenverträglichkeit des Verkehrs ergeben sich für uns durch die Realisierung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, wie dem Bau von Umgehungsstraßen, der Verlagerung von

Straßengüterverkehr auf Schienen und Wasserstraßen und der Entschärfung von Engpässen und Unfallschwerpunkten. Überdies werden wir Investitionen in den aktiven und passiven Lärmschutz vornehmen.

**INVESTITIONEN IN  
AKTIVEN UND  
PASSIVEN  
LÄRMSCHUTZ**

### Breitensport wichtiger nehmen

Sachsen ist ein Land des Sports, aber auch ein Land, in dem Menschen für andere Menschen eintreten und sich engagieren. In vielen, wenn nicht gar den meisten Sportvereinen würde die Vereinsarbeit zum Erliegen kommen, wenn nicht ehrenamtlich Aktive die Arbeit machten. Profisport und Spitzensport sind wichtig – aber ohne die Breite gab und gibt es keine Spitze. Deshalb gilt unser Augenmerk dem Leitsatz: Im Verein ist Sport am Schönsten.

**BREITENSPORT IM  
VEREIN STÄRKEN**

Im Verein ist Sport auch für alle bezahlbar. Wir wollen, dass dies so bleibt. Die Gebühren für Sportstättennutzungen dürfen nicht weiter steigen; für Jugendsport müssen die Anlagen kostenfrei zur Verfügung stehen.

**SPORTANLAGEN  
FÜR JUGENDLICHE  
KOSTENFREI**

Auch das ehrenamtliche Engagement muss gefördert werden. Es muss finanzielle Möglichkeiten für unsere Sportvereine geben, den Mitgliedern das kleine bisschen Mehr zu bieten, das über Training und Wettkampf hinausgeht. Dazu haben wir ein Sportfördergesetz im Landtag eingebracht, das den Freistaat verpflichtet, jährlich 25 Millionen Euro zusätzlich für die Förderung des Sports in Sachsen bereitzustellen. Wir wissen, dass unsere Kommunen bereits alles tun, was möglich ist. Deshalb muss sich auch der Freistaat nach der Landtagswahl stärker engagieren.

**SPORTFÖRDERGESETZ  
FÜR SACHSEN  
VERABSCHIEDEN**

Investitionen in den Sport sind Investitionen in die Zukunft. Wer Kindern heute einen (Sport-) Platz bietet, an dem sie sich mit Gleichaltrigen sportlich austoben können, wer heute Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit bietet, in Mannschaften Gemeinschaft zu erleben, wer Kindern und Jugendlichen beibringt, wie man mit Niederlagen umgeht und Siege bejubelt, der fördert ein funktionierendes Gemeinwesen. Und der kann sich sozialdemokratischer Unterstützung sicher sein.

**INVESTITIONEN  
IN DEN SPORT  
SIND INVESTITIONEN  
IN DIE ZUKUNFT**

## **Ausblick: Sozialdemokratische Politik für Sachsen**

*Sachsen ist ein reiches und vielfältiges Land. Wir besitzen dynamische Städte, weite ländliche Räume, kostbare Naturschönheiten, wertvolle Kulturdenkmale, natürliche Rohstoffe wie Braunkohle, Wasser und Sande. Unser größter Reichtum aber sind die Menschen, die in Sachsen leben.*

***Wir wollen, dass sich alle Menschen wohl fühlen in Sachsen.***

***Sie sollen Arbeit und Bildung finden.***

***Sie sollen Perspektiven für ihre Familien finden.***

***Sie sollen ihre Träume träumen können und ihre Ideen Wirklichkeit werden lassen.***

*Die sächsische Sozialdemokratie stellt sich dieser Aufgabe und wird alles dafür tun, um allen Menschen in Sachsen den Weg in eine gute Zukunft zu ebnen. Wir wollen ihnen Hilfe und Unterstützung geben. Dabei werden wir uns am meisten um diejenigen kümmern, die unsere Hilfe am Dringendsten brauchen.*

*Unsere Konzepte sind klar, sie geben auf die drängendsten Fragen unserer sächsischen Bürgerinnen und Bürger Antwort.*

***Wir wollen in und mit Sachsen eine Zukunft mit sozialer Gerechtigkeit!***

***Dafür werben wir um Ihr Vertrauen!***



**Herausgeber:**

SPD Sachsen

Könneritzstr. 7

01067 Dresden

Fon: 0351-4 33 56-0

Fax: 0351-4 33 56-62

Internet: <http://www.spd-sachsen.de>

E-Mail: [lv-sachsen@spd.de](mailto:lv-sachsen@spd.de)

Verantwortlich: Frank Herschmann

Titelbild: Caro Fotoagentur / Rupert Oberhaeuser